

Auf dem Bild: Die Folgen des Anschlags auf den Berliner Abschiebeknast in einem besseren 1995

Der gescheiterte Anschlag auf den Berliner Abschiebeknast im April 1995 und die Folgen

7,50 DM
Feb. '99

Als das K.O.M.I.T.E.E. ein Osterei legte...



EIGENTUMSVORBEHALT

Diese Zeitschrift ist bis zur Aushändigung an den/die GefangeneN Eigentum der Absenderin bzw. des Absenders. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie mit dem Grund der Nichtaus-händigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persö-nlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur diese, der Absenderin bzw. dem Absender mit dem Grund der Nicht-aushändigung zurückzusenden.

27.06.95... SoKo Osterei an BKA ZD 11:
"....Betr.: Antrag auf kriminaltechnische Untersuchung... Inwieweit handelt es sich hierbei um eine funktionsfähige Vorrichtung? Bzw. zu welchem Zweck könnte sie dienen? Zündauslösevorrichtung? Inwieweit bestehen Tatmittelgleichheiten zu den hier zur Debatte stehenden Tatmitteln aus zu-rückliegenden Ereignissen, besonders die Blitzlichtbirne?"

03.07.95... BKA ZD 11 an LKA 512, SoKo Osterei: "....Laut Asservatenaufkleber sollte das Asservat aus 'Elektronikbauteilen' be- stehen... Nach Inaugenscheinnahme der übersandten Tatmittel war schnell erkenn- bar, daß es sich um eine Attrappe handelt... keine Elektronik, keine Blitzlichtbirne... kei- nerlei Anhaltspunkte auf mögliche Tatmittel- übereinstimmungen... die beantragten kri- minaltechnischen (...) Untersuchungen soll- ten zuständigkeitshalber in Berlin geführt werden..."

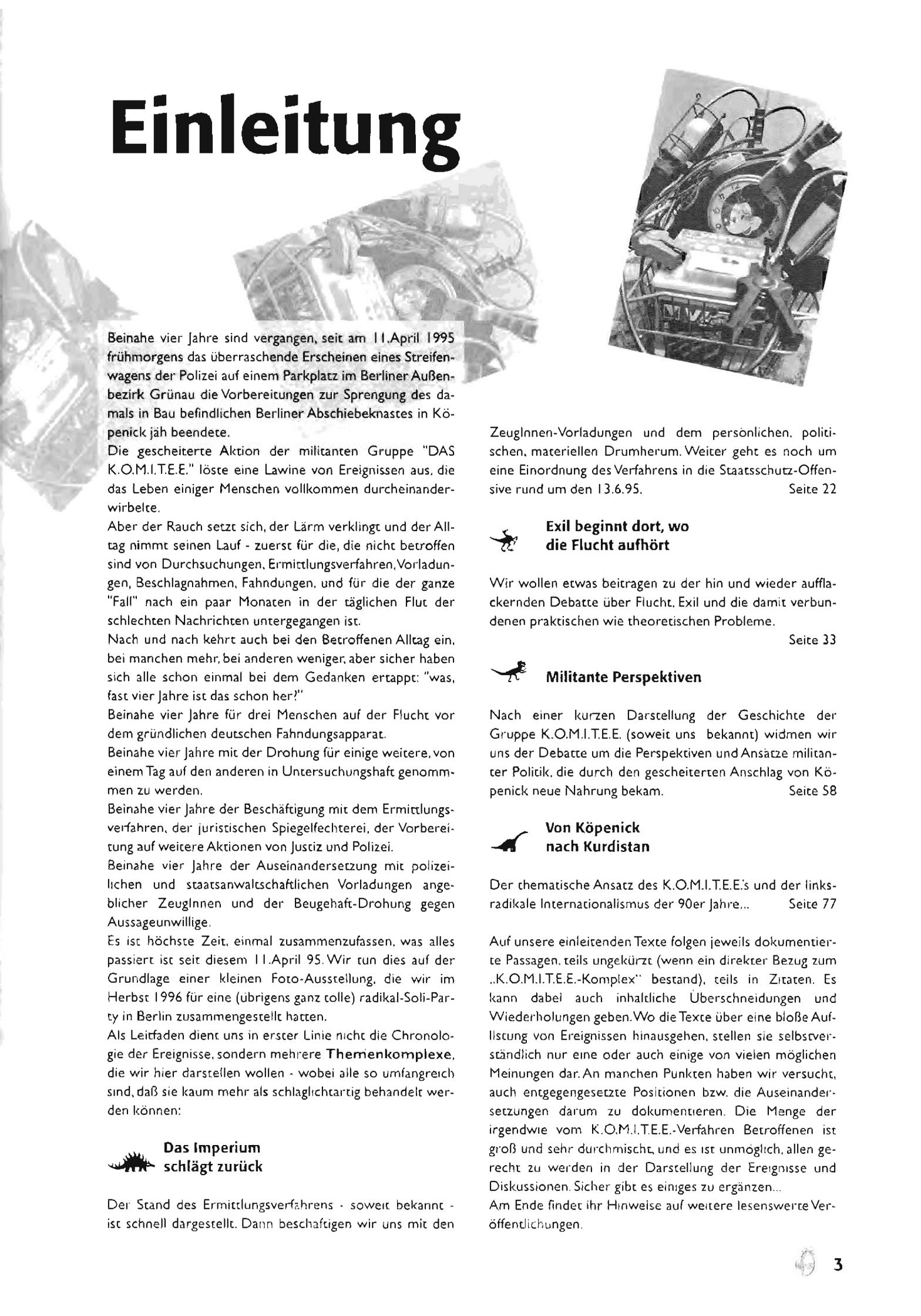
10.07.95... SoKo Osterei an LKA 6212:
"....Betr.: Antrag auf daktyloskopische Spu- rensuche... Während der o.a. Durchsuchung wurde auf dem Dachboden die beigefügte Konstruktion, die vom BKA als Attrappe klassifiziert wurde, gefunden..."
07.08.95... LKA 6212 an SoKo Osterei:
"....Auswertung: Das Spurenmaterial ist un- brauchbar."

Impressum

Berlin
Frühjahr 1999
Selbstdruck im Eigenverlag

Hrsg. und V.i.S.d.P.:
Dr. Fischer
Kochstr.
10961 Berlin

Einleitung



Beinahe vier Jahre sind vergangen, seit am 11. April 1995 frühmorgens das überraschende Erscheinen eines Streifenwagens der Polizei auf einem Parkplatz im Berliner Außenbezirk Grünau die Vorbereitungen zur Sprengung des damals in Bau befindlichen Berliner Abschiebeknastes in Köpenick jäh beendete.

Die gescheiterte Aktion der militanten Gruppe "DAS K.O.M.I.T.E.E." löste eine Lawine von Ereignissen aus, die das Leben einiger Menschen vollkommen durcheinanderwirbelte.

Aber der Rauch setzt sich, der Lärm verklingt und der Alltag nimmt seinen Lauf - zuerst für die, die nicht betroffen sind von Durchsuchungen, Ermittlungsverfahren, Vorladungen, Beschlagnahmen, Fahndungen, und für die der ganze "Fall" nach ein paar Monaten in der täglichen Flut der schlechten Nachrichten untergegangen ist.

Nach und nach kehrt auch bei den Betroffenen Alltag ein, bei manchen mehr, bei anderen weniger, aber sicher haben sich alle schon einmal bei dem Gedanken ertappt: "was, fast vier Jahre ist das schon her!"

Beinahe vier Jahre für drei Menschen auf der Flucht vor dem gründlichen deutschen Fahndungsapparat.

Beinahe vier Jahre mit der Drohung für einige weitere, von einem Tag auf den anderen in Untersuchungshaft genommen zu werden.

Beinahe vier Jahre der Beschäftigung mit dem Ermittlungsverfahren, der juristischen Spiegelfechterei, der Vorbereitung auf weitere Aktionen von Justiz und Polizei.

Beinahe vier Jahre der Auseinandersetzung mit polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Vorladungen angeblicher ZeugnInnen und der Beugehaft-Drohung gegen Aussageunwillige.

Es ist höchste Zeit, einmal zusammenzufassen, was alles passiert ist seit diesem 11. April 95. Wir tun dies auf der Grundlage einer kleinen Foto-Ausstellung, die wir im Herbst 1996 für eine (übrigens ganz tolle) radikal-Soli-Party in Berlin zusammengestellt hatten.

Als Leitfaden dient uns in erster Linie nicht die Chronologie der Ereignisse, sondern mehrere **Themenkomplexe**, die wir hier darstellen wollen - wobei alle so umfangreich sind, daß sie kaum mehr als schlaglichtartig behandelt werden können:

Das Imperium schlägt zurück

Der Stand des Ermittlungsverfahrens - soweit bekannt - ist schnell dargestellt. Dann beschäftigen wir uns mit den

ZeugnInnen-Vorladungen und dem persönlichen, politischen, materiellen Drumherum. Weiter geht es noch um eine Einordnung des Verfahrens in die Staatsschutz-Offensive rund um den 13.6.95. Seite 22

Exil beginnt dort, wo die Flucht aufhört

Wir wollen etwas beitragen zu der hin und wieder aufflackernden Debatte über Flucht, Exil und die damit verbundenen praktischen wie theoretischen Probleme. Seite 33

Militante Perspektiven

Nach einer kurzen Darstellung der Geschichte der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. (soweit uns bekannt) widmen wir uns der Debatte um die Perspektiven und Ansätze militanter Politik, die durch den gescheiterten Anschlag von Köpenick neue Nahrung bekam. Seite 58

Von Köpenick nach Kurdistan

Der thematische Ansatz des K.O.M.I.T.E.E.'s und der linksradikale Internationalismus der 90er Jahre... Seite 77

Auf unsere einleitenden Texte folgen jeweils dokumentierte Passagen, teils ungekürzt (wenn ein direkter Bezug zum „K.O.M.I.T.E.E.-Komplex“ bestand), teils in Zitaten. Es kann dabei auch inhaltliche Überschneidungen und Wiederholungen geben. Wo die Texte über eine bloße Auflistung von Ereignissen hinausgehen, stellen sie selbstverständlich nur eine oder auch einige von vielen möglichen Meinungen dar. An manchen Punkten haben wir versucht, auch entgegengesetzte Positionen bzw. die Auseinandersetzungen darum zu dokumentieren. Die Menge der irgendwie vom K.O.M.I.T.E.E.-Verfahren Betroffenen ist groß und sehr durchmischt, und es ist unmöglich, allen gerecht zu werden in der Darstellung der Ereignisse und Diskussionen. Sicher gibt es einiges zu ergänzen...

Am Ende findet ihr Hinweise auf weitere lesenswerte Veröffentlichungen.

Chronologie

Zur Auffrischung der Erinnerung hier erst einmal die Chronologie der Ereignisse:

Am 11.4.95 entdeckte ein Streifenwagen frühmorgens in Grünau (Berlin-Köpenick) auf einem Parkplatz an der Rabindranath-Tagore-Str. zwei verdächtige Fahrzeuge, die offenbar verlassen waren. Es handelte sich um einen Pkw und einen Lieferwagen. In den beiden Fahrzeugen fanden die Bullen nach eigenen Angaben folgende Dinge: Eine einsatzbereite selbstgebaute Bombe mit 120kg Sprengstoff; Warnschilder, in denen 'DAS K.O.M.I.T.E.E.' die Sprengung der nahegelegenen Knast-Baustelle ankündigte; persönliche Papiere, darunter Ausweise; Autokennzeichen. Aufgrund dieser gefundenen Sachen wurde die Fahndung nach vier Personen eingeleitet: Bernhard H., Thomas W., Peter K. und dessen Schwester. Peters Schwester, der der gefundene Pkw gehörte, stellte sich kurz danach in Begleitung ihrer Anwältin. Sie wurde freigelassen, einige Wochen später verhaftet und dann nach einem Haftprüfungstermin wieder freigelassen. Die anderen drei Gesuchten sind seit dem elften April untergetaucht.

Der zu dieser Zeit in Berlin stattfindende Autonomie-Kongreß der Linksradiakalen solidarisierte sich mit der versuchten Aktion ebenso wie mit den Gesuchten und stellte seine Abschluß-Demonstration unter das Motto 'Terroristen sind die, die Abschiebeknäste bauen, und nicht die, die sie sprengen'.

Beim polizeilichen Staatsschutz wurde die Sonderkommission 'SoKo Osterei' eingerichtet, die in den Tagen nach dem 11.4. verschiedene Aktivitäten entwickelte. Neben den Durchsuchungen von Meldeadressen und vermuteten Aufenthaltsorten der direkt Beschuldigten erschienen Staatsschützer auch bei deren Eltern und bei vermeintlichen FreundInnen zu Befragungen. Ein Hof in Neutrebbin (Brandenburg), wo zwei der Beschuldigten zeitweise gelebt hatten, wurde zweimal gründlich durchsucht. Zwei Privatfahrzeuge wurden vorübergehend beschlagnahmt. Bei der Autovermietung 'Autos und Weine' in Berlin wurden die Mietunterlagen für das Jahr 1994 beschlagnahmt, da der gefundene Ford Transit, der dieser Vermietung gehörte, angeblich keine Einbruchspuren aufgewiesen habe.

Am 13.6.95 wurden im Zuge der Razzia gegen angebliche MacherInnen der Zeitschrift 'Radikal' auch Wohnungen durchsucht, die die 'SoKo Osterei' im KOMITEE-Verfahren auf der Liste hatte. Die Durchsuchungsbeschlüsse richteten sich im wesentlichen gegen drei Personen, denen die Bundesanwaltschaft (BAW) eine Verwicklung in die Aktivitäten des KOMITEE anhängen wollte und will, ohne sie vorerst direkt der Mitgliedschaft oder Unterstützung zu beschuldigen. Bei einer der Durchsuchungen bestand außerdem angeblich der (absurde) Verdacht, ein Gesuchter könne sich im Haus versteckt halten. Diese Begründung mußte auch herhalten für die Durchsu-

chung eines Hofes in einem Ort in Mecklenburg-Vorpommern.

Am 20.6.95 drangen die Bullen bei den Nachbarn des oben erwähnten Hofes in Neutrebbin ein und begründeten dies mit angeblicher persönlicher Nähe der dort Wohnenden zu den Gesuchten.

Im Sommer 95 gab es bereits die ersten polizeilichen Vorladungen zu Zeugenaussagen aufgrund einzelner Funde bei den Durchsuchungen. Sie verliefen jedoch im Sande, wegen Fernbleibens der Vorgeladenen und/oder Nebensächlichkeit der Funde.

Am 20.7.95 erschien in der Interim ein kurzer Brief eines der drei Untergetauchten.

Am 6.9.95 veröffentlichte die Gruppe 'DAS K.O.M.I.T.E.E.' eine Erklärung, in der sie sich zu der mißglückten Aktion vom 11.4.95 bekannte, ihre Beweggründe und Ziele erklärte, Selbstkritik übte und sich als Konsequenz daraus für aufgelöst erklärte. Diese Erklärung wurde (gekürzt) in den Tageszeitungen *junge Welt* und *tageszeitung*, außerdem in linksradikalen Zeitschriften abgedruckt. Am 29.9.95 durchsuchte der Staatsschutz die Redaktionsräume der Tageszeitungen, um an das Original der Erklärung zu kommen. Diese Aktion wurde am 24.11.95 vom Bundesgerichtshof abgesegnet.

Im November 95 versuchte die BAW, die Eltern der Gesuchten einem Gen-Test zu unterziehen. Sie hoffte, dabei Indizien dafür zu finden, daß die Zigarettenkippen, die vom LKA in den beiden in Grünau gefundenen Autos aufgesammelt worden waren, von den Beschuldigten geraucht worden waren. Ein Elternpaar unterzog sich dem Test. Über das Ergebnis ist nichts bekannt.

Im Januar 96 startete die SoKo Osterei ihre erste Vorladungs-Offensive: Über 20 Personen wurden als angebliche Zeuginnen zum Staatsschutz am Tempelhofer Damm vorgeladen. Soweit bekannt, kam diesen Ladungen niemand nach.

Am 25.4.96 versuchte dann die Bundesanwältin Fischer ihr Glück und lud einige ausgewählte Personen zum Tempelhofer Damm vor. Dieser staatsanwaltschaftlichen Ladung folgten drei Personen. Eine davon beantwortete einige Fragen (siehe dazu ausführlicher das Kapitel "Das Imperium schlägt zurück"). Die beiden anderen beriefen sich auf ein Zeugnisverweigerungsrecht gemäß §55 StPO (Gefahr der Selbstbelastung). Die BAW belegte sie daraufhin mit einem Ordnungsgeld, gegen das sie Widerspruch einlegten.

In knapper Hörweite der Staatsschutz-Räume im dritten



Kluge Antwort

Als eine Sternschnuppe verglühte, lachte die Öllampe und sagte:
„Soviel Aufwand und solch ein Ende!“
Die Nacht erwiderte:
„Spotte du nur, solange dein Öl reicht!“

(Rabindranath Tagore)

Stock des Polizeipräsidiums fanden sich rund 150 Leute zu einer Kundgebung aussageunwilliger Menschen zusammen, was auch der BAW nicht verborgen blieb.

■ Anfang 97 war es schließlich soweit, daß der zuständige Richter am Bundesgerichtshof über den Widerspruch gegen das Ordnungsgeld entschied. In einem Fall folgte er der Argumentation des Rechtsanwaltes und entschied, daß der Geladene von der BAW faktisch als Beschuldigter und nicht als Zeuge behandelt worden sei, was zur Folge hatte, daß er nun auch formal ins Ermittlungsverfahren wegen §129a etc. aufgenommen wurde und als Beschuldigter Aussageverweigerungsrecht hatte. Neben aspekt des Widerspruchsverfahrens war, daß die BAW gezwungen war, erstmals Einsicht in einzelne Teile der Ermittlungsakten zu gewähren.

Im zweiten Fall wurde der Widerspruch abgewiesen.

■ Im Juni 97 wurde folgerichtig die zweite Betroffene erneut von der BAW vorgeladen. Sie verweigerte wiederum die Aussage. Die BAW verhängte daraufhin ein Ordnungsgeld (das bezahlt wurde) und vier Monate Beugehaft, gegen die erfolglos Widerspruch eingelegt wurde.

■ Ende Oktober 97 erschien die aussageunwillige "Zeugin" zum Haftantritt im Frauenknast Plötzensee, wo sie bis Ende Februar 98 inhaftiert wurde.



Grünauer Straße
129, 129 a, b, c, d, e, f

DIE GESUCHTEN: Aus der Hausbesetzer-Szene



Berliner Zeitung 12.4.95

„Steckt die RAF dahinter, Herr Senator?“

Interview mit Innensenator Dieter Heckelmann

Sprengstoff im Kofferraum: Attentäter wollten Gefängnis in die Luft jagen

Frankfurter Rundschau 13.4.95

Bombenanschlag auf Haftanstalt vereitelt

BERLIN/KARLSRUHE, 12. April (apf). Ein Sprengstoffanschlag auf ein laeres Abschiebefängnis in Berlin ist von einer Polizeistreife vereitelt worden. Die desanwaltschaft hat...

Rätsel um geplanten Anschlag

Attentäter wurden wohl gestört / 120 Kilogramm Sprengstoff gefunden

Erste Festnahme wegen Sprengstoffanschlags

In Berlin aufgespürt: Autobombe mit insgesamt 120 Pfund Sprengstoff

Offenbar sollte Gefängnis-Neubau gesprengt werden

größere funktionsfähige Sprengstoffmenge ent-

Auto-Bombe: Das sind die vier Gesuchte!

Anschlag-Versuch durch Kreuzberger Szene?

Von Walter Scharfenecker, P. Goldstein, G. Schupelius und Nikolas Rechenberg

Die drei Männer und die Frau, die von der Polizei wegen des versuchten Sprengstoffanschlags auf die im Bau befindliche Abschiebehaft in der Grünauer Straße (Köpenick) gesucht werden, gehören der Kreuzberger Szene an. Sie sind wahrscheinlich mit einem orangefarbenen Ford-Kastenwagen unterwegs. Bei den Sicherheitsbehörden herrschte aber gestern Abend das große Schweigen.

Noch nie sind aber bislang in Berlin der Polizei solche Mengen an Sprengstoff - 120 Pfund - für ein geplantes Attentat in die Hände gefallen. Nicht auszuschließen, daß wie bei dem Attentat in Weltersta - 27. März auch hier die R. im Spiel hatte.

Generalbundesanwalt ermittelt wegen verhinderten Anschlags

Tätergruppe bereits im Land Brandenburg aktiv

IM Berlin, 13. April

Das K.O.M.I.T.E.E. scheitert

In die Aktion verrannt

Der Termin war wohlkalkuliert: Der Sprengstoff den Abschiebeknast Grünau, wenige Tage vor dem Abschiebe-Kongress im April, hätte die Sprengung vorgegeben und die Täter hätten es...

Akteneinsicht erst nach Auslieferung

Anwältinnen der angeblichen K.O.M.I.T.E.E.-Mitglieder rügen Behinderung der Verteidigung

Für Rolf Hannich, den Sprecher der Bundesanwaltschaft, es da gar kein Problem hätte es...

Gen-Test der Eltern soll Sohn überführen

FALL I

Verfahren erstmals bei Ermittlungen angewandt Von Nikolas Rechenberg

Erstmals wird zur Feststellung von Tatverdächtigen auch das Erbmateriale der Eltern zu einer Gen-Analyse herangezogen. Die Generalbundesanwaltschaft erhofft sich...

Untersuchungen seien noch nicht abgeschlossen. Die beiden anderen Eltern machten von ihrem Recht auf Untersuchungs- und Zeugnisverweigerung Gebrauch, das ihnen als Eltern rechtlich zugesichert ist.

Sollte es sich bei dem Sohn der Eltern, die sich zur Untersuchung bereit erklärt haben, um einen Nicht-macher handeln, wären allerdings weder belastende noch entlastende Ergebnisse zu erwarten.

Ein Gehörtli Neunziger Winkel wird durchsucht

Polizeigrößensatz in Neutrebbin

Märkische Oderzeitung Dienstag, 18. April 1995

Anschlag auf Haftanstalt? Wichtigen veröffentlichen. Wie...



Gasflaschen mit Schaltuhr

Solche Propangas-Flaschen erhielten die Sprengladung.

Bundesanwaltschaft gegen »K.O.M.I.T.E.E.«: Der Stand der Dinge

Hof in Neutrebbin, wo zwei der Beschuldigten zeitweise lebten, durchsuchten sie zweimal gründlich. Bei der Autovermietung »Autos und mehr« in Berlin beschlagnahmten

Innen zu begehen. Ohne Übertreibung läßt sich feststellen, daß die BRD heute für die Türkei die gleiche Bedeutung hat, wie die USA ehemals für Vietnam und Mittelamerika.»

Die Aktion vom 11.4.95 galt offensichtlich dem Gebäude des ehemaligen Polizeifängnisses in Köpenick-Grünau, das bereits seit einiger Zeit zum zentralen Berliner Abschiebeknast umgebaut wurde. Der Knast war zum damaligen Zeitpunkt nicht belegt, sondern eine Baustelle, es ist also falsch, wenn der Eindruck erweckt wird, es seien Menschen gefährdet worden. Dieses Bauprojekt war bis dahin öffentlich kaum bekannt. Wir haben mittlerweile ein paar Informationen darüber gefunden.

Die Berliner Senatsverwaltung für Inneres legte am 25.10.1994 dem Senat einen Bericht vor über die Situation im Abschiebegewahrnsam. Darin wurde der Umbau des früheren Frauengefängnisses der Polizei zum neuen zentralen Berliner Abschiebeknast detailliert vorgeschlagen. Der Senat von Berlin stimmte dem Vorschlag noch am selben Tage zu. In dem Bericht heißt es: »Wegen der Zunahme der Abschiebungen nach Änderung des Asylverfahrensgesetzes (1992: 1331 Fälle; 1993: 3175 Fälle; 1994 bis einschließlich August: 2268 Fälle); des anstehenden Problems der Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen; der Notwendigkeit, auf grundsätzlich ungeeignete Zellentrakte der Polizei (...) zurückgreifen zu müssen; und der permanenten Überschreitung der bestehenden Kapazitäten mit der Folge, zur Abschiebung festgenommene Ausländer wieder entlassen zu müssen, verfolgte der Senat (...) das Ziel, eine deutliche Erhöhung der Abschiebegewahrnsam-Kapazitäten (der Gewahrsam Kruppstraße verfügt über 176 Plätze) zu erreichen.« Der Senat will dabei mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: Seitdem das Asylrecht nahezu abgeschafft wurde, nimmt die Zahl der Abschiebungen jährlich zu. 1994 wurden von Berliner Behörden täglich rund zehn Abschiebungen durchgeführt. Das soll offenbar noch gesteigert werden, und dafür wird Raum benötigt. Der Knast in Grünau wird über ca. 350 Plätze verfügen. Durch die Zentralisierung des Ab-

schiebeknastes wird die ganze Prozedur rationalisiert und damit verbilligt. Immerhin soll der Umbau des Knastes in Grünau mindestens 24 Mio. DM kosten, die jährlichen Personalkosten werden mit ca. 20 Mio. DM veranschlagt.

Ein zentraler Knast in der Nähe des Flughafens Schönefeld vereinfacht auch die Durchführung der Abschiebungen an sich.

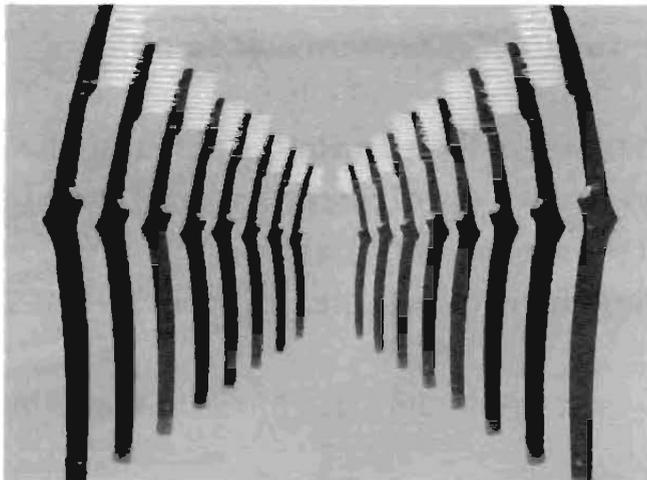
Schließlich werden die üblichen angebotenen Verbesserungen der Haftbedingungen angeführt. Wir kennen das aus den letzten zwanzig Jahren zur Genüge. Auch die Hochsicherheitstrakte und der Behandlungs- und Wohngruppenvollzug wurden bei ihrer Einführung als »Verbesserung« der Haftbedingungen öffentlich gepriesen, obwohl es letztlich darum ging, die Leute im Knast noch besser überwachen, kontrollieren und terrorisieren zu können. Das wird deutlich, wenn der Bericht des Innensenats sagt: »Auch auf Grund der Erkenntnisse aus den Vorkommnissen und Ereignissen im Gewahrsam Kruppstraße im Sommer 1994 können bei dem genannten Umbau in Köpenick (...) die nachstehenden neuen konzeptionellen Unterbringungsmaßstäbe gesetzt werden:

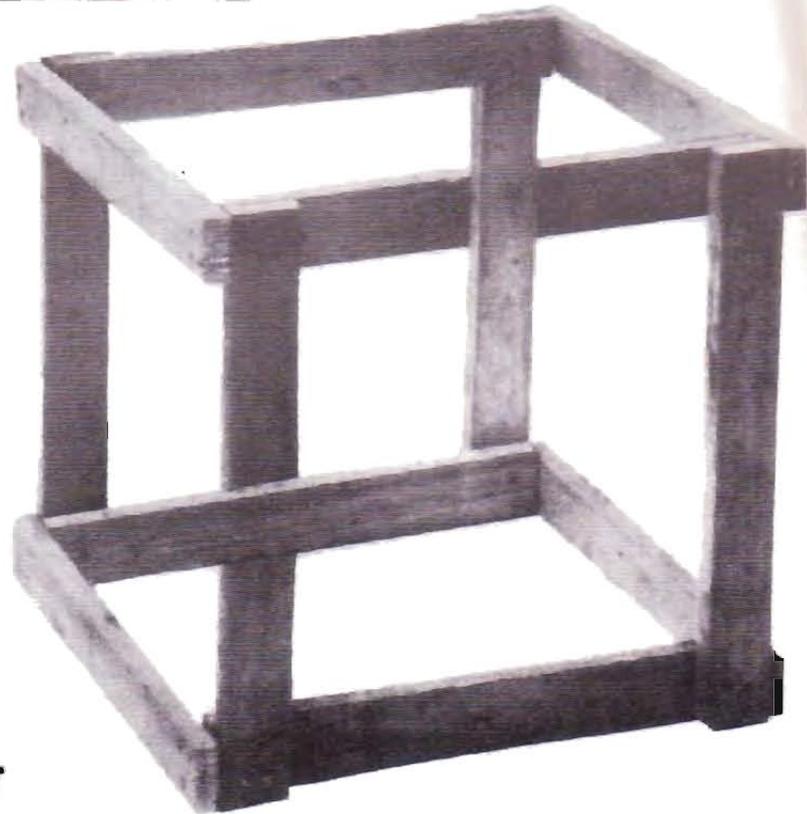
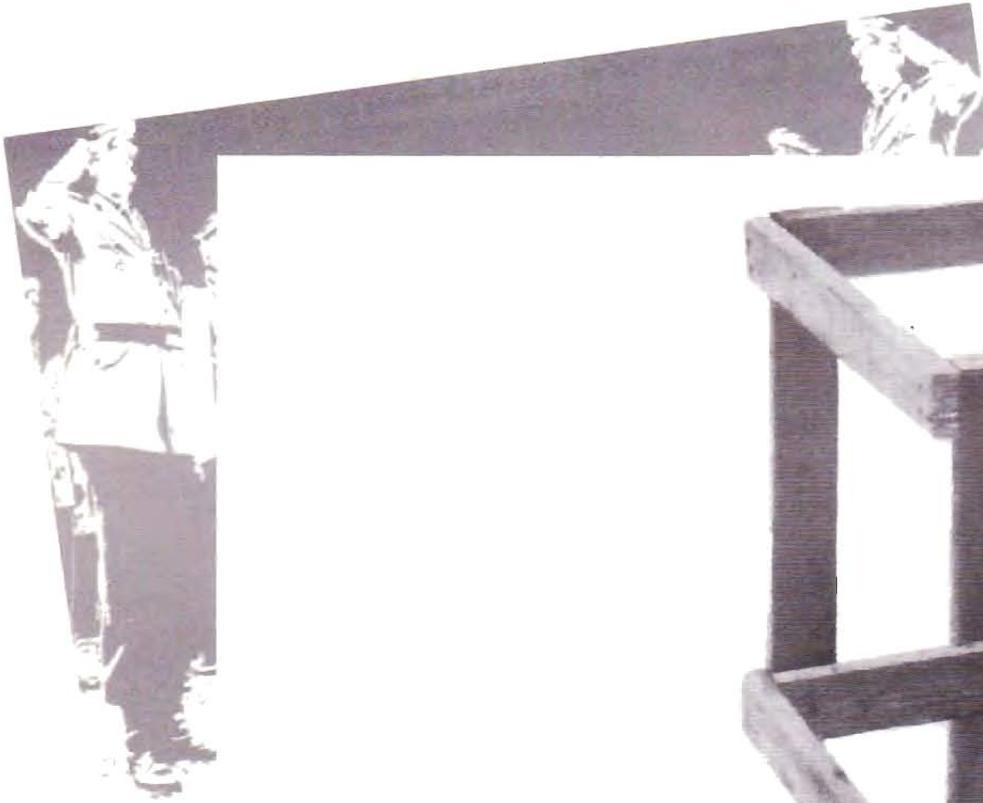
- a) Es werden überschaubare Unterbringungstrakte mit einer Höchstbelegung von 24 Abschiebungstraktlingen geschaffen (...). Die niedrige Belegung je Zellentrakt (...) verbunden mit einem komplettierten Sicherungssystem ermöglicht eine flexiblere Unterbringungskonzeption (...)

Mit den »Vorkommnissen und Ereignissen« von 1994 sind die Versuche der damals in der Kruppstraße eingeknasteten MigrantInnen gemeint, sich gegen ihre menschenunwürdige Behandlung zu wehren.

Im Frühjahr 1995 bemühten sich die deutschen Innenministerien, die letzte große Hürde zu beseitigen, die zahlreiche Flüchtlinge bisher noch vor Abschiebungen schützt. Es geht darum, das Verbot, Flüchtlinge in Krisenregionen abzuschicken, auszuhebeln. Dazu gehört die Aufhebung des Abschiebestops für Kurden und Kurdinnen sowie die im oben zitierten Bericht angekündigte »Rückführung« von Bürgerkriegsflüchtlingen vor allem aus Bosnien/Ex-Jugoslawien. Dazu gehört auch die Verstärkung des Terrors der Berliner Behörden gegen vietnamesische Frauen und Männer, die als VertragsarbeiterInnen in die DDR gekommen waren und deren massenhafte Abschiebung vorbereitet wird. Die ab Frühjahr 1995 beabsichtigte verstärkte Abschiebung von Menschen aus Kurdistan in die Türkei ist ein weiterer Baustein in der deutschen Unterstützungspolitik für den türkischen Krieg in Kurdistan, die das K.O.M.I.T.E.E. in seiner Erklärung vom Oktober 1994 angegriffen hatte.

Der neue Abschiebeknast in Grünau ist dabei genau wie die grenznahen Sammellager des Bundesgrenzschutzes, steingewordenes Symbol und gleichzeitig notwendiger Bestandteil der rassistischen deutschen Flüchtlings- und Ausländerpolitik.





Die Mühen der öffentlichen Ebenen

Seit längerem schon fragen manche sich und andere, warum es von Seiten der Betroffenen kaum öffentliche Stellungnahmen zu all dem gibt.

Dieser Text ist eine Stellungnahme von Betroffenen – wir sind dies durch unsere persönliche Verbundenheit mit den Beschuldigten, durch Razzien, oder dadurch, daß wir von den Sicherheitsbehörden irgendwie mit den Verfolgten in Verbindung gebracht werden.

Der 11.4.95 war ein krasser Einschnitt in das Leben der Beschuldigten. Doch auch viele Frauen und Männer drumherum hat der Schock ziemlich getroffen. Viele Alltäglichkeiten gerieten durcheinander, und in der ersten Phase, wo es außer der allmächtig erscheinenden Repressionsdrohung kaum etwas zu geben schien, schon gar keine genauen Informationen, dauerte jeder Schritt und jede Klärung dreimal so lange als sonst. Auch jetzt ist die Situation offen: Wird es noch mehr Beschuldigte geben? Wird die BAW das Kon-

zept der Geiselhaft gegen Leute durchziehen? Wird es weitere Durchsuchungen geben? In den ersten Wochen stand für uns an erster Stelle die Notwendigkeit, das eigene Leben geregelt zu kriegen und Vorbereitungen zu treffen für das, was evtl. noch kommen konnte. Einige Leute hat das viel Kraft gekostet, obwohl es eigentlich weitgehend »nur« um Dinge des Alltags ging, die durch den BAW-Terror durcheinandergekommen waren.

Es darf dabei auch nicht vergessen werden, daß es ein erheblicher Unterschied ist, ob Leute im Knast sitzen oder auf der Flucht sind. Die Menschen, die in vergleichbaren Situationen, wie z.B. im Fall Kaindl, gearbeitet haben, werden sicher dieselbe Erfahrung gemacht haben: Die Repressionsdrohung wird unkalkulierbarer, und das Beobachtungs- und Verfolgungsinteresse der Bullen gegen das vermutete Umfeld der Untergetauchten ist groß. Es gibt plötzlich sehr viele Eventualitäten,

und Ungenauigkeiten im bisherigen Zusammenleben rächen sich. Bei allem, was veröffentlicht wird, und sei es eine banale politische Stellungnahme oder eine Chronologie, muß noch einmal doppelt so genau darauf geachtet werden, was es für Folgen hat oder haben könnte. Jede Veröffentlichung könnte die Gesamtsituation stärker festlegen und die Entscheidungsmöglichkeiten für die Verfolgten einengen.

Ein weiterer Grund ist, daß wir lange brauchten, um einigermaßen Klarheit darüber zu bekommen, wie ein öffentlicher Umgang mit der ganzen Sache aussehen könnte; wozu wir etwas sagen können oder wollen und wozu nicht. Ein bißchen haben wir dabei auch darauf gewartet, daß es eine Stellungnahme der Beschuldigten selbst gibt. Wir müssen aber insgesamt selbstkritisch feststellen: Trotz dieser Probleme hätten wir schneller öffentlich reagieren können, wenn wir uns mehr dahintergeklemmt hätten.

Es scheint so, als ob manche (oder viele?) um uns herum eine abwartende Haltung haben und erst mal sehen wollen, was für eine Stellungnahme kommt, bevor sie eine eigene Position beziehen oder gar aktiv etwas zu der Sache machen. Wir finden das teilweise richtig, nämlich soweit es das Verhalten zu den direkt Betroffenen und Spekulationen drumherum betrifft. Politisch hätte aber durchaus auch von anderen mehr passieren können – zumindest von denen, die die politische Stoßrichtung der gescheiterten Aktion gut finden und/oder denen die aktuelle Repressionswelle nicht egal ist. Letztlich haben wir durch unsere Trägheit im öffentlichen Verhalten dazu beigetragen, daß eine eher defensive Stimmung entstanden ist. Es entstehen Gerüchte und Spekulationen, weil manche den Eindruck haben, es werde aus irgendwelchen Gründen gemauert und Heimlichkeit betrieblen.

Wir können hier nicht versprechen, daß jetzt alles ganz anders wird – dazu reichen weder unsere Kräfte noch scheint die aktuelle politische Situation das zu tragen. Wir werden uns aber bemühen, gerade im Zusammenhang mit dem, was zur 13.6.-Razzia und den Verhaftungen läuft, präsent zu sein.

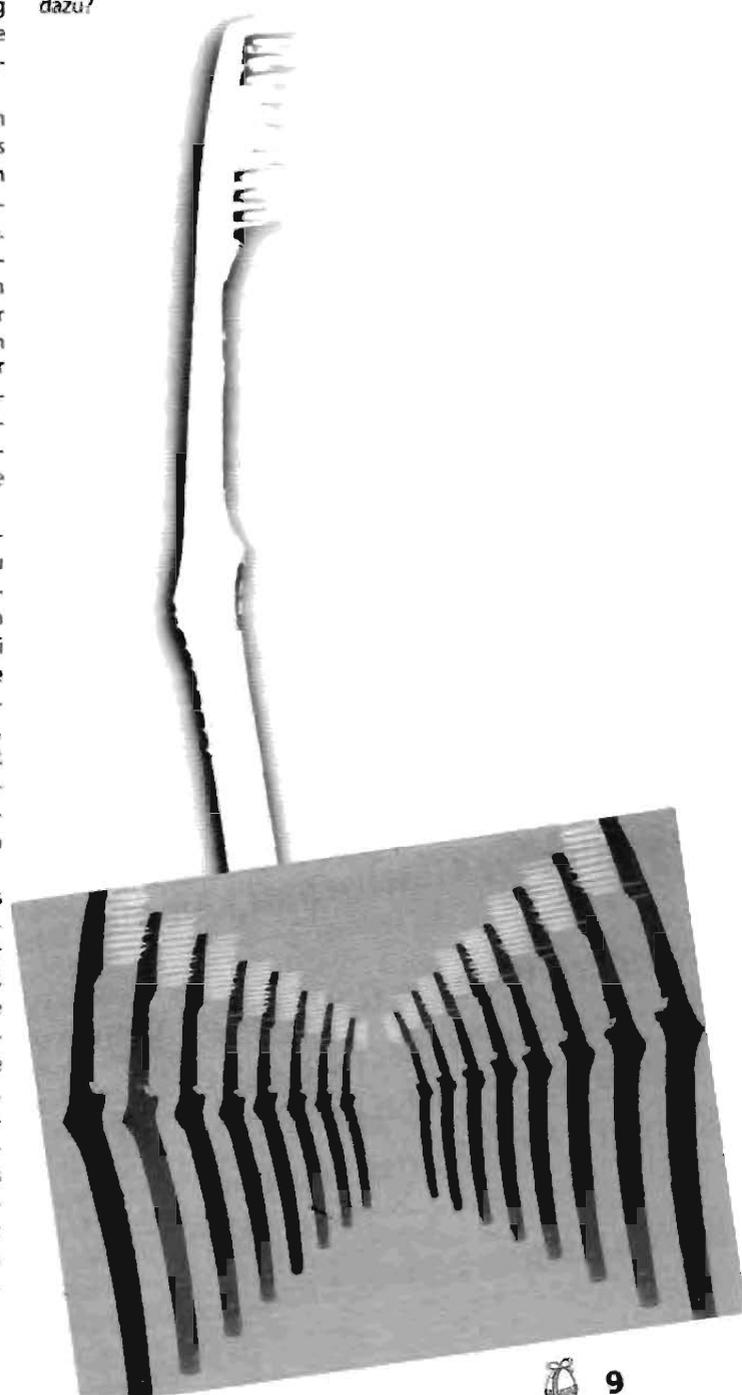
Es gibt noch einen dritten Grund, der eine öffentliche Stellungnahme sehr erschwert und teilweise ganz verhindert hat, und das ist die prekäre Lage der vierten Beschuldigten, die zeitweise von der BAW eingeknastet worden war. Ihr persönliches Bedürfnis war und ist, es solle möglichst wenig öffentlicher (auch szenepöblicher) Wirbel insbesondere um ihre Person gemacht werden. Sie möchte weder von irgendwem politisch vereinnahmt noch in irgendeinen Tratsch hineingezogen werden. Wir hatten dieses Bedürfnis zu respektieren, wobei wir der Meinung sind, es wäre besser gewesen, diese Situation so auch öffentlich zu benennen.

Wir wollen auch noch kurz was sagen zu Spekulationen und dem Text des S.O.L.I.K.O.M.I.T.E.E.s. Die Kritik am zu zaghaften Umgang mit der Situation haben wir bereits angenommen. Neben guten Gründen für die Zurückhaltung gab es eben wirklich auch schlechte. Den Umgang der »Interim« fanden wir aber insofern korrekt, als die Interim-Leute sicher nicht oder kaum einschätzen konnten, inwieweit sie durch eine Veröffentlichung an der Spekulations-Schraube mitdrehen und welche Interessen dadurch verletzt werden. Wir finden es aber auch wichtig, Geüchten entgegenzutreten, in Grünau sei irgendwie Verrat am Werk gewesen oder das alles sei von den Bullen inszeniert. Es gibt dafür keinerlei Indizien. Im Gegenteil, der bisherige Verlauf des Verfahrens (das anfängliche Durcheinander bei den Bullen, die magere Beweislage u.a.) bringt uns zu dem Schluß, daß die Polizeistreife in Grünau zufällig und unvorbereitet auf die zwei Autos gestoßen ist.

Eine »Manöver«-Kritik an dem, was in Grünau passiert ist, finden wir allerdings zum jetzigen Zeitpunkt sehr schwierig. Wir gehen davon aus, daß diejenigen, die dort waren, ihre Fehler kennen und sich damit auseinandersetzen. Wir als Außenstehende können wenig dazu sagen. Vielen, die die bisherigen Veröffentlichungen gelesen haben, werden bestimmte Fragen auch zu Details haben. Solange aber niemand da steht und sich dazu bekennt, in der fraglichen Nacht in Grünau gewesen zu sein, werden solche Spekula-

tionen immer auf die Beschuldigten zurückfallen und von der BAW ausgenutzt werden.

Eine öffentliche kritische Auseinandersetzung sollte unserer Meinung nach anderswo ansetzen, nämlich im politischen Bereich. Das kann sowohl bedeuten, Fragen an die militanten Kleingruppen zu stellen: wie genau geht ihr mit eurer Verantwortung um (Beispiel AIZ), wie entstehen eure politischen Analysen, usw.; als auch: welchen politischen Rahmen haben militante Aktionen zur Zeit überhaupt, welche Perspektive gehört dazu?



Zähne zeigt, wer's Maul aufmacht!

S.O.L.I.K.O.M.I.T.E.E., Juni/Juli 1995

An die Interim-Redaktion, die den Text "K.O.M.I.T.E.E., RADIKAL, AIZ. Zur Situation in Berlin seit dem 11. April 95:" (Nr. 337) fast um die Hälfte zensiert hat.

Ehrlich gesagt, waren wir baff erstaunt, unseren Text so verkürzt abgedruckt zu finden. Ihr begründet eure Zensur damit, (wie wir in unserem Text selber einräumen) dass eine Einschätzung der geplatzten Aktion gegen den Abschiebeknast Grünau, allein auf Presse- und Bulleninformationen gestützt, sich auf schwammigem Boden bewege. Ihr bezeichnet eine solche Einschätzung als Spekulation und erklärt sie für unangebracht, da sich die Gesuchten bislang nicht zur Sache geäußert haben. Wir können uns dem nicht so einfach anschließen. Trotz der Tatsache, dass es kein Papier von den drei Männern gibt, die von den Bullen mit der Aktion in Verbindung gebracht werden, hielten wir es für möglich einige Dinge einzuschätzen. Gründe dafür gibt es mehrere: Ganz grundsätzlich sind Einschätzungen in unseren Augen legitim, wenn aus den Texten klar hervorgeht, auf welchen Infostand sie sich stützen. Unseren Infostand haben wir durchaus präzise dargelegt. Ausserdem scheinen wir ein anderes Verhältnis zu Presseinformationen zu haben, als ihr, da diese für uns nicht immer von vorneherein erstunken und erlogen sind, also eine legitime Grundlage einer Einschätzung sein kann. Es ist in der Linken durchaus nicht üblich, dass sich Gruppen und von Repression Betroffene zu allen Aktionen erklärend äussern, mit denen sie in Zusammenhang gebracht werden. Deshalb gehen wir nicht wie ihr davon aus, dass wir nur eine angemessene Zeit abwarten müssen, bis entsprechende Leute sich melden und Infos aus erster Hand kommen.

In unserem Fall wurde der angemessene Zeitraum auch schon abgewartet. Der 11. April liegt jetzt so gut wie drei Monate zurück und wenn es in den Augen der Betroffenen eine dringende

Notwendigkeit gegeben hätte, sich sofort zu den Infos, die in der Presse veröffentlicht wurden, zu äussern wäre das sicherlich kurz geschehen. Wir warten also nicht mehr darauf, dass sie sich melden und sagen, die Informationen bezüglich Autofund und belastendem Inhalt der Autos seien von den Pigs frei erfunden.

Oftmals erlaubt die eigene Situation den Gruppen und von Repression Betroffenen auch gar nicht, allzuviel klarzustellen, ohne dass den Bullen nicht auch was klar wird. Trotzdem sind immer wieder linke Aktionen von solidarischen Männern und Frauen eingeschätzt, beurteilt und kritisiert worden. Gerade was die Aktionsdurchführung anbelangte, oftmals nur aufgrund von Presseinformationen, die über die Bullen kamen. Für den Fall, dass da einer Gruppe zu Unrecht Fehler und Nachlässigkeit unterstellt wurden, hätte sie sich jederzeit zu Wort melden und das von sich aus richtigstellen können. Das gleiche gilt für die Gesuchten, bzw. für das K.O.M.I.T.E.E..

Ihr bezeichnet unsere zensierten Seiten als Spekulation. Wir beziehen uns darin auf Spekulationen, die wir von verschiedensten Ecken hören, zum Beispiel, dass das ganze eine von Spitzeln unterwanderte Angelegenheit sein müsse. Wir begegnen dieser Vermutung mit einigen Überlegungen. Da in unseren Kreisen sowieso über die Aktion und über die Zeitungsmeldungen geredet und nachgedacht wird, finden wir es falsch, dies nicht auch öffentlich zu tun, solange dabei gewährleistet bleibt, dass keiner Person geschadet

wird. Letzters ist in unserem Text nicht der Fall. Unter Umständen bekommen die Gesuchten überhaupt erst durch solch einen Text mit, was zu der ganzen Sache gedacht wird und werden so auf die Notwendigkeit sich einzumischen, aufmerksam gemacht. Alles in allem fanden wir eure Zensur eine recht ängstliche Angelegenheit und hoffen, dass das nicht in Zukunft so weitergehandhabt wird, wenn es Texte von Aussenstehenden in dieser Sache gibt.



Veröffentlicht bitte diese Kritik zusammen mit dem unzensierten Text. Ganz grundsätzlich sehen wir Zensur nur in einem tatsächlich schadensvermeidenden Zusammenhang gerechtfertigt. Wo in unserem Text irgendeine Schädigung einer Person zu vermuten gewesen wäre, müsstet ihr uns ausführlicher darlegen, als ihr es getan habt.

S.O.L.I.K.O.M.I.T.E.E.

Berlin, 2. Juli, 1995



Zur Situation in Berlin seit dem 11. April 95:

(...)

Zur verhinderten Aktion gegen den Abschiebeknast in Berlin-Grünau:

Als Informationsquellen standen uns ein Artikel der Tagespresse und lediglich zwei (!) Flugblätter von betroffener Seite zur Verfügung. Es gibt keine Erklärung einer Gruppe, die sich zu den Vorbereitungen des Anschlags bekennt. Unser Versuch, eine Einschätzung der Sache fast ausschliesslich auf der Grundlage von Presseinformationen abzugeben, bewegt sich deshalb zwangsläufig auf schwammigem Boden.

Wir zweifeln die Informationen, dass es sich bei der Knastsprengeung um den im Umbau befindlichen zukünftigen Abschiebeknast Grünau handeln sollte, nicht an. Auch den blöden Zufall, durch den die Bullen auf die beiden Fahrzeuge aufmerksam geworden sind, halten wir für realistisch. Wären die Menschen, die die Aktion vorbereitet haben schon länger observiert worden, dann wäre davon auszugehen, dass sich die Bullen mit ihrem vermeintlichen Observationsgeschick gebrüster hätten und nicht stattdessen in der Presse lancieren, es hätte sich um einen ganz normalen Streifenwagen gehandelt, der auf beide Fahrzeuge aufmerksam geworden sei.

Ausserdem hätte es bei der Observation der Vorbereitung des Anschlages oder bei Beteiligung eines Spitzels ein anderes Ergebnis geben müssen, als dass irgendwo zwei Autos verhaftet werden. Nicht zuletzt läge es in der Verantwortung der beteiligten Leute, sich zu äussern, wenn etwas an der Geschichte schräg gewesen sein sollte, konkret, wenn sie durch einen Spitzel aufgefliegen wären. Wir gehen also davon aus, dass die Pressemitteilungen diesbezüglich richtig waren, die Leute vor der Aktion zufällig überrascht wurden und irgendwie noch da wegkommen konnten. Wer auch immer es war, wir finden es total schade, dass der Knast nicht hochgegangen ist!!!

Zu dem Zeitpunkt, als die Aktion stattfinden sollte, waren die Medien voll mit Artikeln zu Asyl, Abschiebungen, Abschiebehaft,... Aktuell stand der Abschluss eines Abschiebeabkommens mit Vietnam bevor. Debattiert wurde über massenhafte Abschie-

bung von Kriegsflüchtlings, Deserteuren, Kriegsdienstverweigerern aus Ex-Jugoslawien. Der Abschiebestop für kurdische Flüchtlinge wurde gerade aufgehoben. Auf der anderen Seite war, gemessen an den heutigen Verhältnissen, selbst die Linke vergleichsweise aktiv:

- Aktionen und Kampagnen von Bündnissen gegen Abschiebung,
- Aktionen und Flugblätter von Frauengruppen für ein vom Ehemann unabhängiges Aufenthaltsrecht für Flüchtlingsfrauen,
- breite Proteste gegen die bevorstehenden Abschiebungen von KurdInnen,
- Aufrufe von Kirchen, Flüchtlinge zu verstecken,
- Aktionswochen in Bremen,
- Demos vor den Abschiebeknasten in Glasmoor und Herne, Aktionstage gegen die Eröffnung eines Abschiebeknastes in Offenbach, Vorbereitungen für eine bundesweite Demo zum Knast in Büren,

...

- Weiter gab es militante Aktionen beispielsweise gegen rassistische Schreibtäter in Hamburg und in Frankfurt, wo zentrale Kommunikationsleitungen des Flugplatz durchgesägt wurden, um die täglichen Abschiebungen zu behindern.

In dieser Situation wäre die gelungene Sprengung eines Abschiebeknastes bestimmt von vielen begeistert aufgenommen worden. Nicht zuletzt von denen, die in diesem Land mit Abschiebung bedroht werden.

Doch leider kam alles anders.

Wären die Menschen, die die Aktion geplant hatten, einfach nur überrascht worden, hätte das Ergebnis nicht sein müssen, dass heute drei Männer und eine Frau mit der Aktion in Verbindung gebracht werden! Offensichtlich wurden bei der Vorbereitung der Aktion Fehler gemacht:

- In einem Fahrzeug wurden Ausweispapiere von zwei Männern sowie ein Fahrzeugschein einer dritten Person gefunden. Was die da zu suchen hatten ist uns schleierhaft!

- Laut Presse hatte der eine Wagen (Ford Transit) gestohlene Kennzeichen. Der andere Wagen (VW Passat) war mit seinen Originalkennzeichen ausgestattet und auf die Frau zugelassen, die jetzt im Knast sitzt. Es ist für uns nicht ersichtlich, wozu es nötig ist, ein

illegalisiertes Auto neben ein legales zu stellen. Da wir nicht wissen, in welchem Auto die Papiere gefunden wurden (in der jW liest es sich, als hätten sie im legalen Auto gelegen), ist alles weitere Spekulation.

- Leider wurden ja laut Berliner Zeitung vom 12.4. für den Transit geklaute Mercedes-Benz-Kennzeichen verwendet. Dies sei der Bullenstreife bei der Überprüfung der abgeparkten Fahrzeuge als erstes aufgefallen (Tagespiegel vom 12.4.). Geklaute Transit-Kennzeichen wären cooler gewesen, vielleicht wäre dann nichts weiter passiert, es sei denn, die Autorüren haben tatsächlich offengestanden...

- einen der grösseren Fehler und schlichtweg unverständlich finden wir die Tatsache, dass auf dem Warnzettel angeblich mit einem Gruppennamen (Komitee) unterschrieben wurde, der schon einmal bei einer anderen Aktion verwendet wurde. Mit so etwas zu einem Zeitpunkt rumzulaufen, wo man doch vor Ort und während der Aktion noch abgegriffen werden kann, ist einfach doof! Bekennen kann man sich noch in den nächsten Tagen, wenn alle cool und sicher wieder zu Hause angekommen sind.

Soweit so schlecht!

Aber wir haben noch mehr zu meckern. Uns ist aufgefallen, dass es so gut wie keine Öffentlichkeitsarbeit zu der ganzen Geschichte gibt.



Woran liegt das?

In der Welt vom 15.6. war zu lesen, dass die verhaftete Frau wieder freigelassen worden sei. Keine andere Zeitung bestätigte dies, so dass uns unklar ist, ob die Info stimmt. Von seiten der Bullen kein Wort, weder zu den Gründen, die zur Verhaftung führten, noch zur eventuellen Freilassung.

Wir haben das Gefühl, dass der Bundesanwaltschaft alle Zeit und aller Raum gelassen werden, ihre Konstruktionen und Schweinereien durchzuziehen. Es scheint widerspruchslos hingenommen zu werden, dass das, was mensch Öffentlichkeit nennt, einseitig von der BAW gefüttert wird! Wozu soll das gut sein ???

Alle Erfahrungen zeigen, dass die BAW sich an keinerlei Spielregeln hält und verfolgt und verknackt, wen und wie sie lustig ist, wenn nicht massiver öffentlicher Druck sie zwingt, wenigstens den Schein von Rechtsstaat zu wahren. Wer Repression und Schnüffelerei einfach über sich ergehen lässt, liefert sich selber aus.

Fazit

Die jetzige Zeit ist nur so gespickt von politischen Unklarheiten, Zweifeln und einer Tendenz, die bisherige politische Identität an den Nagel zu hängen. Es gibt nur sehr wenige Initiativen, die sich mit grundlegenden Fragen

nach dem wie weiter auseinandersetzen und praktische Anstöße liefern, die über Hauptsache es passiert was hinausgehen. Eingebertter sein in Bewegung ist längst vorbei und eine neue Bewegung wird auch nicht so einfach mit der richtigen Aktion oder der richtigen Theorie zu erzwingen sein. Heute können stundenlang Strassen abgesperrt werden, Hausdurchsuchungen stattfinden, und kein Mensch kreuzt auf, pöbelt die Bullen an, schlägt Alarm. Das dem so ist, wissen die Bullen natürlich auch und solche Zeiten sind für sie die besten, um viel Schaden durch Repressalien anzurichten. Kein Zufall bestimmt, dass Aktion Wasserschlag, wie die 50 Durchsuchungen vom 13.6. in einem Flugblatt in der Interim titulierte wurden, jetzt stattfindet. Da wird alles auf den Tisch gepackt, was es an Vereinen noch so gibt, als Einschüchterungsversuch gegen die restliche Linke, ganz offen von Kanther so benannt. Wie erfolgreich die Gegenseite damit wird, hängt letztendlich davon ab, ob wir zu mehr in der Lage sind als zu Hause vorsorglich unsere Bude zu cleanen und darauf eingestellt zu sein, dass sie auch bei uns durchsuchen kommen.

In diesem Zusammenhang fanden wir es spitzenmässig, dass einer der Firmen, die am Knastumbau in Grünau verdient, schon zum zweiten Mal ihre

Autos abgefackelt wurden!!

Wir fordern alle auf sich praktisch solidarisch zu verhalten:

Sammelt und spendet Geld für Bernhard, Thomas und Peter auf der Flucht und für anfallende Anwaltskosten in Sachen radikal und Komitee. Besprüht und beklebt und transparenter die Stadt mit Parolen zu den kriminalisierten Vereinen!

Überlegt euch Soliaktionen!

Und am allerwichtigsten: macht weiter an den Dingen, die euch wichtig sind!

Lasst euch durch den Misserfolg nicht abschrecken, praktisch zu intervenieren und es besser zu machen!

Grüsse an K.O.M.I.T.E.E., K:O:L:L:E:K:T:I:V, RADIKAL und die AIZ (letztere trotz allerschwerster inhaltlicher und praktischer Differenzen)

Viele Grüsse und Power für Bernhard, Thomas und Peter! Lasst euch nicht erwischen!

Für Werner und die drei weiteren Männer, die am 13.6. festgenommen wurden: Power durch die Mauern!

Liebe Grüsse an alle gefangenen und gesuchten GenossInnen und alle, die hier aus höchst zweifelhaften Gründen verfolgt und eingeknastet werden!

LEBT UND LEST RADIKAL!

Berlin, 18.6.95



Deutschland ist Kriegspartei in Kurdistan

Erste Erklärung des K.O.M.I.T.E.E.'s, Oktober 1994

Am 27.10.94 haben wir ein Gebäude des Verteidigungskreiskommandos 852 der Bundeswehr in Bad Freienwalde, Kreis Märkisch Oderland, mit einem Brandsatz zerstört.

DEUTSCHLAND IST KRIEGSPARTEI IM VÖLKERMORD IN KURDISTAN - MILITÄRISCH, ÖKONOMISCH, POLITISCH

"Die Türkei war in der Vergangenheit auf Grund ihrer exponierten Lage an der Südostflanke der NATO ein Eckpfeiler auch unserer Sicherheit. Heute und für die Zukunft nimmt ihre Bedeutung angesichts der Entwicklung im Süden der früheren Sowjetunion sowie in den Ländern des Nahen und Mittleren Osten weiter zu. Eine demokratische und in sich gefestigte Türkei kann und muß eine stabilisierende Rolle für das Verhältnis dieser Region zu Europa einnehmen. (...) Diese Rüstungshilfe (...) erfolgte in der Kontinuität auch der früheren Bundesregierungen und vor allem auch im Interesse der Atlantischen Allianz." (Helmut Kohl während der Bundestagsdebatte vom 02.04.94, bei der das kurzfristige Rüstungsembargo gegen die Türkei im Mittelpunkt stand). Diese Aussage belegt deutlich das Interesse der BRD an einer stabilen Türkei und begründet das deutsche Engagement im Krieg in Kurdistan. Der Türkei wurde die Rolle der regionalen Ordnungsmacht zuerzählt, nachdem es ihr gelungen ist, sich auf internationaler Ebene als der einzig verlässliche Partner in der Region zu profilieren. So hob Außenminister Kinkel bei einem im Januar 1994, im Anschluß an den NATO-Gipfel in Brüssel stattgefundenen trilateralen Außenministertreffen zwischen BRD-GB-TR in Ankara, die "strategische Bedeutung" der Türkei in Europas neuer Sicherheitsstruktur an der Nahtstelle zu Asien hervor (taz, 21.01.94).



Ex-NVA-Schützenpanzer im Kriegseinsatz in Kurdistan/Türkei

Konkret darauf gemünzt einerseits als Bollwerk gegen den Vormarsch islamisch fundamentalistischer Gruppen aus Nahost zu dienen, andererseits eine erneute Machtausweitung Rußlands auf die neuen Republiken im Kaukasus und Asien zu verhindern. Letztere Funktion kommt der Türkei auch von sich aus sehr gelegen: Die sog. Turk-Staaten (Aserbeidschan, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Turkmenien) werden von der Türkei als "natürliche" Einflußzonen und "Bruder-Staaten mit einem gemeinsamen historischen Erbe und kulturellen Verbindungen" gesehen. Ein erster Schritt diesen hegemonialen Anspruch in der Region zu verwirklichen, stellt der am 19.10.94 in Istanbul mit den Turk-Republiken unterzeichnete Vertrag für die "künftige Intensivierung der politischen und kulturellen Beziehungen" dar.

Es ist die geopolitische Lage der Türkei, die jeden Tag zahlreichen Kurden das Leben kostet. Diese Funktion, die die Türkei in der Region ausübt, ist der Grund dafür, warum der Genozid an dem kurdischen Volk mit Billigung und Unterstützung der westlichen Staaten vollzogen werden kann, ohne daß dies ernsthafte Konsequenzen nach sich zieht. Es sind diese übergeordneten Interessen, die vor all-

lem Vorrang haben.

Deutschland ist die bedeutenste Säule, auf die sich das Regime in Ankara stützen kann: Die 3000 Mann umfassende Anti-Terror-Einheit "Schwarze Käfer", die für ihre Killermentalität berüchtigt ist, wurde von der GSG 9 ausgebildet. Jedes Jahr gibt es türkische "Schüler" an der Führungsakademie der Bundeswehr und verschiedener Polizeihochschulen. Die Türkei ist seit Jahren der größte Abnehmer des inzwischen zweitgrößten Rüstungsexporteurs der Welt, der BRD. Die Rüstungsexporthilfen der BRD an die Türkei von 1964-94 beliefen sich auf 6,3 Milliarden DM. Der besondere Wert der offiziell als "NATO-Verteidigungshilfe" deklarierten Lieferung, im Umfang einer kompletten Armee, liegt in ihrer Abgabe zum Nulltarif. In dieser Summe sind noch nicht die Kosten für verbilligte Kredite bei Waffeneinkäufen (Hermes-Bürgschaften) und von "regulären" türkischen Rüstungskäufen enthalten. Die "NATO-Verteidigungshilfe", die der Türkei aufgrund eines NATO-Beschlusses seit 1964 kontinuierlich eingeräumt wird, läuft nun allerdings Ende 1994 endgültig aus. Über das Hilfsabkommen für die Jahre 1992 bis 1994 im Umfang von je 68 Millionen DM aus dem

Etat des Auswärtigen Amtes hatte Bonn der Türkei auch noch eine zusätzliche Materialhilfe im Umfang von 1,5 Milliarden DM gewährt. Dabei handelte es sich um die kostenlose Abgabe von Waffen der ehemaligen NVA der DDR. Konkrete Waffengeschenke an die Türkei seit 1989 machen die Dimension der Transaktion deutlich. Nur einige Beispiele: 30 Kampfflugzeuge Phantom, 170 Kampfpanzer Leopard 1, 300 Schützenpanzer BTR-60PB (Ex-NVA), 537 Schützenpanzer M-113, 1000 Luft-Luft-Raketen, 5000 Panzerfäuste RPG-7 (Ex-NVA) mit 200000 Granaten, über 300000 Maschinenpistolen Kalaschnikow (EX-NVA), 175000 Gasmasken, ... Neben der Waffenhilfe an die Türkei im Rahmen der NATO will die Bundesregierung auch ein umfangreiches privates Geschäft absichern: In einer Mitteilung an den Bundestag berichtet das Bundesfinanzministerium über Verhandlungen des türkischen Verteidigungsministeriums mit deutschen Firmen. Dabei gehe es um die "Lieferung von 115 Sattelzugmaschinen für Panzertransporte", sowie um 10 Mehrzweckhubschrauber. Bonn wolle das Geschäft mit 120,7 Millionen DM verbürgen. Im Verhandlungsstadium mit der Türkei befänden sich derzeit Lieferungen mit einem Gesamtauftragswert von 1,8 Milliarden DM (Neues Deutschland, 21.09.94). Daß das NATO-Programm 1995 ausläuft, bedeutet keineswegs ein Ende der Waffenlieferungen. Im Gegenteil, "private" Geschäfte von deutschen Rüstungsmultis, die auch leichter der Öffentlichkeit vorenthalten werden können, allen voran Siemens, die zum Daimler-Benz-Konzern gehörenden Firmen AEG, Dornier, MBB, MTU und andere, gehen weiter. Dornier lieferte Stinger-Luftabwehrsysteme, die DASA setzte die gelieferten Phantom-Kampfflugzeuge instand. Die Leopard-I-Panzer wurden von Kraus-Maffei speziell für die Türkei umgerüstet. Deutsche Granaten aus deutschen Leopard-I-Panzern wurden nach der Zerstörung der kurdischen Stadt Sirkak Mitte August 1992 eben dort gefunden. An einem BTR-60 Schützenpanzer (Ex-NVA) wurde der Kurde Mesut Dündar in Lice zu Tode geschleift. Die ca. 40000 "Dorfschützer", Lakaiken im Dienste der türkischen "Sicherheitskräfte", sind größtenteils mit G3 Gewehren der Fir-

ma Heckler & Koch ausgerüstet. Die über 300000 Kalaschnikow Maschinenpistolen fanden ihre Abnehmer vor allem bei der Geheimpolizei und den teilweise under cover in Kurdenröckel operierenden Spezialeinheit "Özel-Teams", die mit Kopfprämien bezahlt werden.

Lange Zeit wurde der Einsatz deutscher Waffen gegen die kurdische Guerilla und die Zivilbevölkerung vom Auswärtigen Amt geleugnet, später, als das nach vorgelegten Beweisen nicht mehr möglich war, als nicht vertragsgemäß gerügt. Die Beweise für diese Einsätze führten im Frühjahr zu einem kurzzeitigen Waffenembargo. Dabei handelte es sich in Wirklichkeit nur um ein Scheingefecht. Nach §13 des 1991 in Rom beschlossenen NATO-Konzeptes kann die Sicherheit eines Landes auch durch Terror und Sabotageakte gefährdet werden, was den Einsatz der Waffen auch in innerstaatlichen Konflikten zuläßt. Aus dem NATO-Konzept: "Die Sicherung des Bündnisses muß jedoch auch den globalen Kontext berücksichtigen. Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken berührt werden (...), der Unterbrechung lebenswichtiger Ressourcen sowie von Terror und Sabotageakten". Damit begründet die türkische Regierung ihre Militäreinsätze in Türkei-Kurdistan. Der Einsatz deutscher Waffen würde "nur im Kampf gegen Terroristen" erfolgen, was mit NATO-Richtlinien vereinbar sei. Für diese Argumentation hat auch die Bundesregierung "vollstes Verständnis" (Außenamtsprecher Hans Schumacher). Während seines Türkei-Besuches im Juli 1993 erklärte der Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, nach Gesprächen mit dem türkischen Generalstabschef Dogan Güres und Verteidigungsminister Nevzat Ayaz, der Einsatz deutscher Waffen in Kurdistan sei "angesichts der Umstände als völlig legitim" anzusehen.

Erst die deutsche Waffenhilfe in Größenordnung einer Armeeausrüstung befähigt die türkische Armee dazu, das kurdische Volk zu massakrieren: 1500 Dörfer wurden in den vergangenen 2 Jahren entvölkert und zerstört, 4 Millionen KurdInnen sind auf der Flucht. Im August 1994 wird bekannt, daß kurdische Flüchtlinge in Konzentrationslagern gefoltert und auch

ermordet werden. Ohne die politische, ökonomische und militärische Unterstützung der BRD wäre die Türkei nicht in der Lage, den Völkermord an den KurdInnen zu begehen. Ohne Übertreibung läßt sich feststellen, daß die BRD heute für die Türkei die gleiche Bedeutung hat, wie die USA ehemals für Vietnam und Mittelamerika. Im September begann die neueste und gegenwärtig noch am laufen befindliche Zerstörungsaktion der türkischen Armee. Allein in den letzten 4 Wochen wurden 30 Dörfer in der Provinz Dersim entvölkert und zerstört. Die Wälder der Region um Dersim werden seit August bis heute kontinuierlich durch



Luftangriffe in Brand gesetzt.

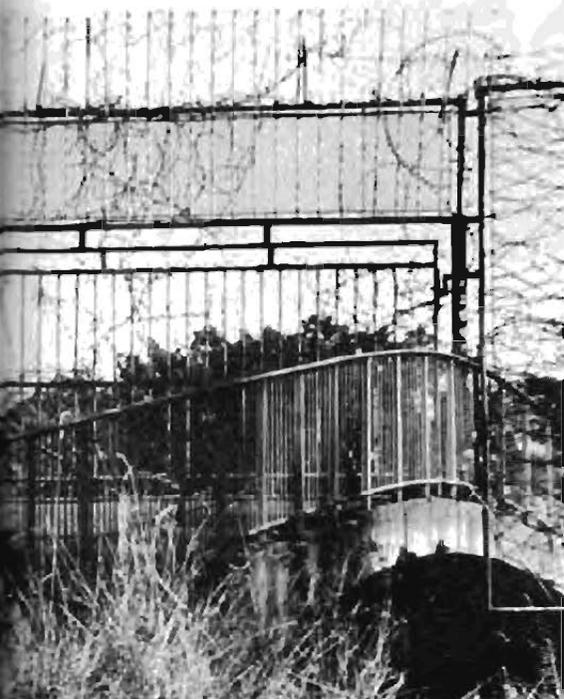
Wie die Zeitung "Özgür Ülke" von einem höheren türkischen Militär erfährt, lautet der militärische Befehlscodex für das Verbrennen von Dörfern innerhalb der türkischen Streitkräfte "Aktion Rom" - unter Bezug auf die Zerstörung Roms durch Kaiser Nero. Wie beteiligte Soldaten wiederum der Zeitung berichteten, sind die bisherigen Zerstörungen nur der Auftakt für die Vernichtung von weiteren 150 Dör-

fern und Siedlungen der Region.

DIE BRD ALS VERLÄNGERTER ARM DER AUFSTANDSBEKÄMPFUNG IN WESTEUROPA!

oder "Man läßt Freunde gerade auch in schwierigen Situationen nicht im Stich!" (Klaus Kinkel)

Die Hetze gegen die in der BRD lebenden KurdInnen und Kurden hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Mit der seit Jahren betriebenen Kriminalisierung von KurdInnen, ihrer Verfolgung, Verhaftung und Abschiebung, mit Prozeßen gegen angebliche PKK-Mitglieder nach §129a im Düsseldorfer PKK-Prozeß 1986 und schließlich



im Herbst 1993 durch das PKK-Verbot und dem Verbot von 42 kurdischen Vereinen, hat die BRD in Europa die zweite Front im Krieg gegen den kurdischen Befreiungskampf eröffnet. Die BRD hat in der EU die Führung und auch die Vorreiterrolle in der Zerschlagung der kurdischen Organisationen übernommen (nach Deutschland wurde auch in anderen EU-Staaten, z.B. in Frankreich, Vereinsverbote erlassen). Damit hat sich die BRD auch auf ihrem Territorium zum verlässlichsten Partner der türkischen Militärs und dem von ihr abhängigen politischen System erwiesen. Im September 1993, während des Staatsbesuchs der türkischen Ministerpräsidentin Tansu Çiller in Bonn, wurde bereits definitiv das Verbot der PKK zugesagt. So waren die bewaffne-

ten Aktionen der PKK in der BRD nur wenige Wochen später zwar der Anlaß, nicht aber der eigentliche Grund des Verbotes. Damit hat die Bundesregierung die türkische Formulierung vom "Kampf gegen den Terrorismus" bis zur letzten Konsequenz übernommen. "Danke Helmut" hieß es dann in der türkischen Tagespresse nach dem PKK-Verbot. Am 19.07.1994 ist der türkische Generalstabschef Dogan Güres, hauptverantwortlicher Koordinator für den Krieg gegen die KurdInnen, zu einem viertägigen Aufenthalt von Bundeswehr-Generalinspekteur Klaus Naumann mit militärischen Ehren im Verteidigungsministerium auf der Hardhöhe empfangen worden. Nach Angaben des Ministeriums sollen Gespräche mit ranghohen Offizieren stattgefunden haben, sowie Besuche bei verschiedenen Dienststellen der Bundeswehr.

Ende Juli 1994 verkündete Güres in der türkischen Tageszeitung "Hürriyet" denn auch, daß mit den Regierungen der europäischen Staaten die "erforderlichen Kontakte" geknüpft worden seien, damit der PKK Einhalt geboten werden könne. Zudem sei er nach Gesprächen mit Bundesverteidigungsminister Volker Rühle "zuversichtlich", daß die Straftäter aus Reihen der PKK an die Türkei ausgeliefert würden.

Seit dem Verbot der PKK und der mit ihr in Verbindung gebrachten kurdischen Kulturvereine werden alle von KurdInnen geplanten Versammlungen und Demonstrationen gegen die Verbote, wie auch Proteste gegen das Vorgehen der türkischen "Sicherheitskräfte" in Kurdistan massiv kriminalisiert, trotzdem durchgeführte Aktionen werden brutal auseinandergedrückt.

Staatlich gelenkte und von den Medien begierig aufgeriffene Hetze gegen die KurdInnen in der BRD führen zur gewollten Pogromstimmung. Vorläufiger Höhepunkt dieser Hetze war die Ermordung von Halim Dener durch Bullen beim Plakatieren in Hannover. Für KurdInnen in der BRD sind Grundrechte der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit faktisch und umfassend außer Kraft gesetzt. Der praktisch verordnete Norstand gegen eine gesellschaftliche Gruppe birgt in sich auch die Warnung an alle anderen oppositionellen

Kräfte in der BRD, mit ihnen ebenso verfahren zu können. Den in der letzten Zeit verhafteten KurdInnen, die an Protestaktionen teilgenommen haben und die sich z.Z. im Hungerstreik befinden, wird mit der Ausweisung bzw. mit der Ablehnung ihrer Asylanträge gedroht. "Es kann nicht sein, daß ausländische Gewalttäter ihr Gastrecht mißbrauchen und Deutschland zum Schauplatz eines Bürgerkrieges machen", so der einhellige Tenor deutscher Politiker zu den Straßenblockaden. Die Abschiebung von KurdInnen in die Türkei kann für sie, gerade wenn sie mit dem kurdischen Befreiungskampf in Zusammenhang gebracht werden, Folter und Tod bedeuten.

Wir haben uns eine Einrichtung der Bundeswehr wegen deren Zusammenarbeit und aktiven Unterstützung der türkischen "Sicherheitskräfte", auch stellvertretend für die Innen- und Außenpolitik der BRD im Zusammenhang mit dem kurdischen Befreiungskampf, als Ziel gewählt. Gerade im Hinblick auf mögliche Kampfeinsätze der Bundeswehr im Rahmen der UNO oder WEU ist der deutschen Armee mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Während des Golfkrieges waren Ende 1990 schon einmal deutsche Soldaten in Nordkurdistan stationiert. Es ist nicht auszuschließen, daß es zukünftig wieder zu Bundeswehr-Einsätzen im Zusammenhang mit NATO-Verpflichtungen auch in Kurdistan kommen wird. Die deutsche Außenpolitik hat sich das Instrumentarium zum direkten militärischen Eingreifen geschaffen und wird davon auch Gebrauch machen. Dieser Entwicklung gilt es sich entgegenzustellen.

Sofortige Beendigung der militärischen, ökonomischen und politischen Zusammenarbeit mit der Türkei! Boykottiert den Tourismus in die Türkei! Aufhebung der Verbote von Parteien und Vereinen!

Bleiberbehr für alle Flüchtlinge!

Solidarität mit den kurdischen politischen Gefangenen in den BRD-Knästen, die sich seit dem 10.08.94 im Hungerstreik befinden!

Unterstützt den kurdischen Befreiungskampf!

DAS K.O.M.I.T.E.E.

Knapp daneben ist auch vorbei

Zweite Erklärung des K.O.M.I.T.E.E.s, September 1995



Nach dem Scheitern des Angriffs auf den im Bau befindlichen Abschiebeknast Berlin-Grünau am Morgen des 11.04.95 war es keineswegs sicher, ob wir uns jemals wieder zu Wort melden würden. Vieles sprach dagegen, angesichts mehrerer konkret Beschuldigter und völliger Unklarheit darüber, ob die BAW noch weitere Personen hineinziehen würde. Es erschien uns ratsam, uns mit einer Darstellung der Ereignisse zurückzuhalten, zumal wir nicht wußten, wie sich die Betroffenen in der Situation verhalten wollten. Wir haben jetzt entschieden, daß mit einer Veröffentlichung nicht länger gewartet werden kann, da das Schweigen um die Aktion durch uns gebrochen werden muß, um den politischen Flurschaden so weit wie möglich zu begrenzen. Wir werden auf eine genaue Erklärung dessen, was an diesem Abend passiert ist, aber verzichten und es den Betroffenen überlassen, sich dazu zu äußern, wenn sie es wollen. Wir denken nicht, daß jede und jeder alle Details kennen muß, um sich mit der Aktion und unserer Politik auseinanderzusetzen und sich zu den Beschuldigten solidarisch zu verhalten. In diesem Text geht es darum, die

schwerwiegenden Fehler, die uns unterlaufen sind zu benennen und selbstkritisch zu reflektieren, gerade auch damit andere daraus lernen können. Durch diese Fehler wurden Unbeteiligte mit unseren Aktionen in Zusammenhang gebracht.

Weiter ziehen wir Konsequenzen aus unserem Scheitern: wir werden unser Projekt "das K.O.M.I.T.E.E." beenden. Diesen Schritt auch öffentlich bekanntzugeben, leitet sich für uns aus der Bestimmung unseres Projektes und unserer Verantwortung gegenüber linksradikaler Politik ab.

Zu Beginn des Textes erklären wir unseren Schritt, warum wir das Projekt, mit der Ausrichtung auf militante Angriffe, gestoppt haben und resümieren unsere bisherige Politik.

Zu unserem Projekt das K.O.M.I.T.E.E.

Seit Ende der 80iger und noch verstärkt in den 90iger Jahren war und ist eine radikale Linke zu beobachten, deren politische Stärke und gesellschaftlicher Einfluß von Jahr zu Jahr mehr verloren ging und deren inhaltliche wie praktische Entwicklung sich immer mehr von radikalen Positionen

entfernt hat. Solange es eine gemeinsame Stärke gab, auch auf militanter Ebene, hielten wir es nicht für unbedingt nötig, als Militante immer wieder unter dem selben Namen in Erscheinung zu treten.

Als der kontinuierliche Diskussionsfaß durch die zu beobachtende Rückzugsbewegung der Linken abgerissen war und gemeinsam erarbeitete Handlungsgrundlagen sich aufzulösen begannen, kamen wir zu dem Schluß, daß es nötig ist, sich als Gruppe in den Kontext einer kontinuierlichen und öffentlich nachvollziehbaren Politik zu stellen.

Wir sind davon ausgegangen, daß Beiträge und Interventionen von Gruppen, deren Name für eine bestimmte Praxis und politische Ausrichtung steht, von der Öffentlichkeit und der Linken mit einer größeren Aufmerksamkeit gelesen, verfolgt und diskutiert werden als Veröffentlichungen von Gruppen ohne erkennbare Kontinuität. So hofften wir im Laufe der Zeit auf die Entwicklung der linken Szene einen positiven Einfluß zu haben und Orientierungspunkte zu setzen.

Wir waren uns darüber im Klaren, daß eine solche Ausrichtung hohe Verantwortung und Genauigkeit erfordert. Fehleinschätzungen der politischen Lage, Ungenauigkeiten in der politischen Diskussion oder das Reproduzieren von überholten und falschen Politikansätzen usw. wären nicht nur auf uns, sondern dadurch, daß wir auch Orientierung bieten wollten, evtl. auch auf die Linke im Allgemeinen zurückgefallen.

Warum militante Politik

Angesichts des Diskussionsstandes der rad. Linken, ihrem häufigen Schweigen und Nichtverhalten, bedarf es einer Erklärung, warum wir uns in diesen bewegungsarmen Zeiten für militante Politik entschieden haben. Es ist heute ja oft das Argument zu hören, nach dem Niedergang der linksradikalen Bewegung hätte einfaches "Weitermachen" keinen Sinn mehr, wobei geflissentlich unterschlagen wird, daß revolutionäre Politik hier in den letzten Jahrzehnten gesellschaftlich immer nur eine Randposition innehatte und nie eine realistische Strategie zum Umsturz der Verhältnisse vorweisen konnte. Konsequente militante Praxis könnte einer der Hebel sein, den Kreislauf der Linken von Glaubwürdigkeitsverlust nach außen und Mutlosigkeit und Anpassung nach innen zu durchbrechen. Radikale Kritik an der bestehenden Praxis von Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung, die nicht alle Mittel von Widerstand sucht, nutzt und erfindet, muß früher oder später den Glauben an sich selbst verlieren. Um bei unserem Beispiel zu bleiben: eine Linke, die zu recht behauptet, der Bau und Betrieb von Abschiebeknästen sei ein Verbrechen, aber nicht alle Möglichkeiten, den Bau zu verhindern, ernsthaft in Betracht zieht, schafft sich ihre Perspektivlosigkeit auch ein gutes Stück weit selbst, sie hat ihre Niederlage schon im eigenen Kopf erlitten. Unsere Methode, wäre sie erfolgreich gewesen, wäre gewiß nicht die einzige

gewesen und vielleicht nicht mal die beste, aber allemal eine bessere als die Klage über die Aussichtslosigkeit linker Politik in einer sich nach rechts bewegenden Gesellschaft.

Wir denken, daß die Linke keine weitergehende Perspektive aus dem Gefühl der Hilflosigkeit und des Verlustes ihrer Handlungsmöglichkeiten ziehen wird, aber sie könnte Kraft daraus schöpfen, auch mal in schlechteren Zeiten der ständigen Schere zwischen Denken und Handeln getrotzt zu haben. Wir wollten mit unserem Namen und unserer Praxis Propaganda machen für die Möglichkeiten des direkten Eingreifens und Angreifens, die allen offenstehen, die sich mit Ungerechtigkeit und Unterdrückung nicht abfinden wollen.

Auch wenn wir nicht sagen, daß im heutigen gesellschaftlichen Kontext militante Politik der einzig richtige Weg ist, sind wir der Meinung, daß es ein Fehler wäre, sämtliche Praxis auf Eis zu legen, solange wir auf der Suche nach der richtigen Strategie sind. Wir denken, daß eine Weiterentwicklung nur im Rahmen eines praktischen Prozesses von Reflektion und Tat stattfinden kann. Learning by doing. Und wenn irgendwann mal die Bedingungen günstiger sein werden, grundsätzliche Kritik am System gesellschaftlich breiter zu verankern, wird es verdammt wichtig sein, auf eine Geschichte verweisen zu können, wo wir auch in Zeiten von allgemeiner Anpassung an den Mainstream grundsätzliche Positionen nicht aufgegeben haben.

Nicht zuletzt hat radikale Politik für uns natürlich auch einen moralischen Aspekt: selbst wenn wir die endgültige Lösung auch nicht vorweisen können, wollen wir uns nicht damit abfinden, einfach nur zuzusehen und uns unser Plätzchen im Trockenen zu sichern.

Unsere Praxis

Inhaltlich wollten wir uns nicht auf ein bestimmtes Thema beschränken. Wir hatten an Aktionen überlegt zu verschiedenen Bereichen wie faschisti-

sche Organisierung, Faschisierung der Gesellschaft, sexistischer Rollback, Abbau des sozialen Netzes.

Als vorläufigen Schwerpunkt unserer Arbeit haben wir uns auf den Befreiungskampf des kurdischen Volkes bezogen. Wichtig war uns dabei, uns als deutsche linke Gruppierung dazu zu verhalten. Wir empfanden das weitgehende Nichtverhalten der radikalen Linken hier als eine Bankrotterklärung. Vielerseits mußte als Begründung dafür die zum Teil berechtigte Kritik an der Politik der PKK herhalten. Kritik an der PKK stellt für uns aber keine Rechtfertigung für unsolidarisches Verhalten dar. In der Verstrickung des BRD-Staates, der wichtigster Kriegspartner der Türkei im Völkermord an den KurdInnen ist, sahen und sehen wir die besondere Verantwortung der deutschen Linken, ihre eigene Lethargie zu durchbrechen und sich den Bestrebungen der BRD offensiv entgegenzustellen.

Deutschland ist Kriegspartei im Völkermord in Kurdistan - militärisch, ökonomisch, politisch - und weiter verlässlichster Partner der türkischen Militärs: als verlängertes Arm der Aufstandsbekämpfung gegen den kurdischen Widerstand in Europa.

Daran hat sich nichts verändert.

Mit einer Reihe von Angriffen auf mitverantwortliche Institutionen der BRD am Krieg in Kurdistan wollten wir das Thema in der Linken pushen.

Der erste Schlag: Bundeswehr in Bad Freienwalde

Als erstes Objekt unserer Kampagne haben wir am 27.10.94 ein Gebäude des Verteidigungskreiskommandos 852 der Bundeswehr in Bad Freienwalde, Kreis Märkisch Oderland, mit einem Brandsatz zerstört. Damals schrieben wir dazu:

"Wir haben uns eine Einrichtung der Bundeswehr wegen deren Zusammenarbeit und aktiven Unterstützung der türkischen "Sicherheitskräfte", auch stellvertretend für die Innen- und Außenpolitik der BRD im Zusammenhang mit dem kurdischen Befreiungskampf, als Ziel gewählt."

In unserer Erklärung haben wir ausführlich die Zusammenarbeit des BRD-Staates mit dem Regime in der Türkei dargelegt. An dieser Stelle soll der Verweis darauf genügen. Des weiteren ha-



ben wir die Kriminalisierung der KurdInnen in der BRD als ein wesentliches Element dieser Kooperation benannt. Potentiell hätte unser Angriff auch ein Auslöser dafür sein können, daß die Bundeswehr mehr in den Mittelpunkt des Interesses rückt. Die Entwicklung der deutschen Außenpolitik war wahrlich nicht schwer vorherzusehen. Spätestens nach dem Beginn des ersten deutschen Kampfeinsatzes seit Kriegsende auf dem Balkan muß der deutschen Armee mehr Interesse entgegengebracht werden.

Insgesamt gesehen war unser erster Angriff eine symbolische Aktion, die aber im Kontext der Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf und im Rahmen der Hetzkampagne gegen die PKK große Aufmerksamkeit durch die Presse erfuhr. Damit war ein Ziel, uns als deutsche Linke mit dem kurdischen Befreiungskampf in Bezug zu setzen, breit in die Öffentlichkeit getragen.

Auf dem Weg zum zweiten Schlag

Der BRD-Staat wird seiner Aufgabe, den kurdischen Widerstand in der BRD gegen den Völkermord in Kurdistan zu brechen und mit Repressalien zu überziehen, weiterhin gerecht: Massenabschiebungen sind ein Garant des "inneren Friedens" und Kern imperialistischer Flüchtlingspolitik!

Die zynische, alle paar Wochen wiederkehrende Debatte um die Aufhebung des Abschiebestopps für KurdInnen, anfänglich aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung noch auf sog. "Straftäter" beschränkt, die ihr "Gastrrecht" in Deutschland mißbraucht hätten, wurde schnell als eine allgemeingültige, für alle anwendbare Angelegenheit betrachtet. Besonders hervorgerufen bei der Durchsetzung dieser Linie haben sich die Minister Kanther (Bund), Beckstein (Bayern, Bunzlauerstr.23, 90473 Nürnberg), Eggert (Sachsen, mittlerweile abgesetzt) und Heckelmann (Berlin). Abschiebung in Elend, Folter und Tod als drohendes Damoklesschwert für die KurdInnen sollen hier die Friedhofsruhe erzwingen, die für die Umsetzung übergeordneter ökonomischer und hegemonialer Interessen des BRD-Staates nötig ist.

Neben den KurdInnen sind auch andere Flüchtlingsgruppen betroffen: So



Abschiebeknast Berlin-Köpenick, Grünauer Straße

begannen Massenabschiebungen von Kriegsflüchtlings und Deserteuren aus dem ehemaligen Jugoslawien. Das Deportationsabkommen mit Vietnam, "Rücknahme" der vietnamesischen Staatsangehörigen als Voraussetzung für wirtschaftliche Hilfen, stand vor dem Abschluß.

Abschiebungen größeren Stils müssen organisiert werden, dafür bedarf es ausreichender Kapazitäten in der Abschiebehaf, denn die wenigsten gehen freiwillig.

In Berlin wird zu diesem Zweck der ehemalige DDR-Frauenknast in Grünau umgebaut. Mit bis zu 400 Haftplätzen werden damit die Kapazitäten der Abschiebehaf in Berlin mehr als verdoppelt. Die Konzentrierung der gesamten Abschiebeprozedur und die günstige verkehrstechnische Anbindung an den Flughafen Schönefeld effektiviert und organisiert fließbandmäßig die Abschiebung und verbilligt den ganzen Ablauf enorm.

Dieser neue Abschiebeknast geriet als zweites Angriffsziel in unseren Blick.

Die Kapazitäten der bisherigen Abschiebehaf in der Kruppstr. und den Gefangenessammelstellen der Polizei in der Gothaer Str. und Beimlerstr. stießen längst an ihre Grenzen. Überbelegung und unhaltbare inhumane Zustände führten öfters zu Revolten

und zu Protesten humanistischer Gruppen. Diese Proteste beschränkten sich in den meisten Fällen auf das Aufzeigen von Mißständen in der Abschiebehaf, prangerten aber nicht Abschiebehaf und Abschiebungen als solche an. Symptomatisch dafür ist die Forderung eines gewissen Albert Eckert, Fraktion Bündnis 90/Grüne, der im Oktober 94 meinte, es sollen nur noch AusländerInnen inhaftiert werden, deren Abschiebung unmittelbar bevorsteht.

Als "Zwischenlösung" für das Problem Überbelegung wurde der ehemalige US-Militärknast in der "McNair"-Kaserne in Steglitz mit 30 Abschiebehäftlingen belegt. Laut Pressemeldungen von Ende Juli 94 sollten auch auf dem Polizeistandort Gallwitzallee (Lankwitz) kurzfristig 80 neue Haftplätze entstehen, was daraus wurde, wissen wir nicht.

Um den öffentlichen Protesten in Zukunft zu begegnen, warb der Innensenat, wie es auch schon bei den High-Tech-Knasten Weiterstadt oder Plötzensee der Fall gewesen ist, mit den vielfältigen Vorzügen des neuen Knastes in Grünau: ausreichend Kapazitäten, Gemeinschaftseinrichtungen, kleine Vollzugseinheiten, Krankenstation, Sportanlagen, DolmetscherInnen und SozialarbeiterInnen, ja sogar für

Dokumentation

mehr Platz für Hofgänge war gesorgt, damit "sich die Abschiebehäftlinge auch mal die Füße vertreten können" (Norbert Schmidt, Pressereferent der Senatsverwaltung für Inneres).

Abzuschiebende Flüchtlinge sollen sich noch mal so richtig wohl fühlen in deutschen Abschiebeknästen, bevor Deserteure aus Jugoslawien ihr Leben dem nationalistischen Wahn opfern sollen und KurdInnen in den Folterkellern des türkischen Geheimdienstes MIT verschwinden.

Letztlich stehen diese Maßnahmen aber nur für mehr Kontrolle und das Verhindern von Revolven und Ausbrüchen, sowie für die Rationalisierung des Abschiebeverfahrens. Zudem wird damit den Protesten gegen unhaltbare Zustände in der Abschiebehäft das Wasser abgegraben.

Es geht nicht um Humanisierung als Ziel. Es geht um die Abschaffung der Abschiebehäft als Schritt auf dem Weg zum generellen Aufenthaltsrecht für alle Flüchtlinge!

Als unseren Beitrag dazu war die Sprengung des Knastes in Grünau geplant. Ein Gelingen der Aktion hätte weit mehr als symbolischen Charakter gehabt. Es hätte einen effektiven Eingriff in die Umsetzung der Abschiebebeschlüsse bedeutet und den Ausbau der Maschinerie zumindest vorübergehend gestoppt.

Zur verhinderten Aktion in Grünau

Vieles davon, was in der Presse über die Geschehnisse vom 11.04. berichtet wurde, ist richtig. Das Auffinden der beiden Fahrzeuge auf dem Waldparkplatz an der Rabindranathstraße war tatsächlich auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen. Eines war gestohlen und enthielt die Sprengsätze und anderes Material für die Aktion, z.B. einen Zylinderschloßauszieher, den wir mitführten, um überraschenderweise doch verschlossene Türen öffnen zu können, während in dem anderen diverse Ausweispapiere und weitere persönliche Gegenstände waren. Eine durch den Wald schleichende Bullenstreife wurde auf die Autos aufmerksam und durchsuchte sie. Diese Konstellation zweier Fahrzeuge, die den Bullen die Fahndung nach vier Personen ermöglichte, war aber nicht das Ergebnis irgendeiner Planung,

sondern Resultat einer Panne, in deren Folge wir relativ kopflos die Gefährdung Unbeteiligter aus den Augen verloren haben. Näheres dazu wollen wir nicht sagen, wir überlassen es den Gesuchten, die tatsächlichen Gründe, warum sie in die Fahndung geraten sind, offen zu machen, wenn sie das wollen.

Richtig ist, daß der Abschiebeknast gesprengt werden sollte.

In der Presse wurde behauptet, der Knast wäre bestens bewacht gewesen. Das stimmt so nicht. In einem Gebäude in einer Ecke des Geländes war eine Wache, die offensichtlich auch besetzt war. Streifengänge der Wache auf dem Gelände des Knastes konnten wir trotz intensiver Beobachtung, und dafür gab es gute Möglichkeiten, nicht ausmachen. Tage nach unserer verhinderten Aktion wurde ein Wachturm mit Bütteln besetzt, das war vor der Aktion nicht so. Einmal mit Leitern die Mauer überwunden konnten wir über's ganze Gelände spazieren und in den Gebäuden flanieren: es gab keine verschlossenen Türen.

Für die Sprengung wurden 4 Propangasflaschen mit je 30 kg Natriumchlorat-Puderzucker-Gemisch (80:20) bestückt und mit Zeitzündern versehen. Die Flaschen hätten wir im Keller, in der Nähe tragender Bauteile, deponiert. Die tragende Substanz des Hauptgebäudes sollte so weit zerstört werden, daß aufgrund der statischen Schäden der gesamte Knast hätte abgerissen werden müssen.

Im Transit lagen Tafeln, die vor der bevorstehenden Sprengung warnten und mit dem Namen der Gruppe unterschrieben waren. Sie sollten an den diversen Eingangstüren des Gebäudes angebracht werden, um eventuell doch auf einem Streifengang befindliches Wachpersonal vor dem Eintritt in das Gebäude zu warnen und sie aufzufordern, sich in Sicherheit zu bringen. Dies war aufgrund unserer Beobachtungen aber nicht zu erwarten.

Es war ausgeschlossen, daß weitere Personen durch den Angriff gefährdet worden wären.

Meldungen, wonach im Transit scharf gemachte Bomben gestanden hätten, die Zeitzündler tickten und wir damit rumgedondelt wären, sind einfach nur lächerlich.

Dazu gehört auch die Behauptung,

unser Selbstlaborat hätte die achtfache Sprengwirkung der Oklahomabombe (in Oklahoma/USA wurde im April ein Verwaltungsgebäude, in dem sich ein Büro der CIA, aber auch ein Kindergarten befand, vermutlich von Faschisten zerstört). Eine Assoziation mit den toten Kindern von Oklahoma sollte herbeigeredet werden. Die Bombe in den USA bestand aus 95% Ammoniumnitrat (Düngemittel) und 5% Benzin oder Diesel (Kohlenstoff) und stellt damit "richtigen" Ammoniumsprengstoff dar, der über eine weitaus größere Sprengkraft verfügt als Natriumchlorat-Gemisch.

Die Pressemeldungen entsprechen nicht nur der Unkenntnis und den Phantasievorstellungen der GazettenschreiberInnen, sondern decken sich mit dem Interesse des Staatsschutzes, aus dessen Feder sie stammen könnten. Ziel ist es, ein Feindbild zu erzeugen, durch das Alle zu potentiellen Opfern unserer Aktion hätten werden können und alles möglichst verwerflich darzustellen. Dadurch soll eine Auseinandersetzung mit dem politischen Kontext unserer Aktion und eine mögliche Solidarisierung unterbunden werden.

Zu unseren Fehlern

Für die Ausführung der Aktion hatten wir uns einen festen Termin gesetzt, dem ein, wie sich herausstellte, äußerst knapp berechneter Zeit- und Arbeitsplan vorausging. Je näher der Tag der Aktion kam, desto deutlicher wurde,



daß wir keinen Raum miteingeplant hatten, um neu auftretende Probleme und die latent vorhandenen Ängste der Einzelnen zu thematisieren und kollektiv lösen zu können. Wir verfielen einem Mechanismus, der in unserer Männercombo nicht unbedingt neu war: es wurde von jedem Einzelnen verantwortlich am eigenen Aufgabenbereich gearbei-



ter und dabei der Blick für das Ganze verloren. Grundsätzlich muß als Fehler benannt werden, daß bei jeder Aktionsplanung, und insbesondere bei einer von dieser Dimension, immer die Zeit für gemeinsame Zwischenresümees bleiben muß. Aufgrund eines gesteckten Zieles bzw. der Einhaltung eines Zeitplans darf nicht über die aktuelle Situation der einzelnen Beteiligten hinweggegangen werden.

Bei der in Grünau geplanten Aktion hatten wir baugleiche Zeitzündler wie bei unserem Angriff auf ein Gebäude der Bundeswehr in Bad Freienwalde verwendet, außerdem hatten wir die Warnzettel mit unserem Namen unterschrieben. Dadurch haben wir uns schon vor Beendigung der Tatdurchführung in Zusammenhang mit einer vorangegangenen Tat gebracht. Viele haben sich sicherlich gefragt, wie wir auf diese Regelverletzung des autonomen Einmaleins gekommen sein könnten. Hier die alles erklärende "Logikkette": Zunächst mal hatten wir uns schon lange vor der Grünauplanung auf einen Zündertypus spezialisiert, auf dessen Funktionstüchtigkeit wir uns verlassen konnten.

Für die Grünau-Aktion hatten wir zwar noch die Möglichkeit einer abweichenden Zündvorrichtung angedacht, diese zusätzliche Arbeit aber aus folgenden Gründen sogleich wieder verworfen: Wir sind davon ausgegangen, daß eine Entdeckung und Festnahme von uns wenn überhaupt denn auf dem hochummauerten Gelände des Knastes stattfinden würde, wo Fluchtmöglichkeiten ausgesprochen schlecht waren - Knast halt. Da wir das mögliche Strafmaß für die Sprengung des Knastes als sehr hoch eingeschätzt hatten, machte sich bei uns das Gefühl breit, die Freienwalde-Aktion würde diesbezüglich den Kohl auch nicht weiter fett machen. Also konnten wir beruhigt dieselbe Zündvorrichtung benutzen.

Und da wir nach unserer Logik dadurch den Zusammenhang mit Bad Freienwalde offengemacht hatten, sprach nichts mehr dagegen, die Warnzettel auch noch mit unserem Namen zu unterschreiben.

Zum einen gingen wir davon aus, daß mit unserem Namen unterschriebene Warn tafeln ernster genommen würden. Zum anderen wollten wir da-

durch erreichen, daß bei einer erfolgreichen Sprengung schon die ersten Pressemeldungen den Bezug zur ersten Aktion herstellen und somit den politischen Kontext der Aktion veröffentlichen würden.

In dieser "Logik"-Kette macht sich unsere damalige "Alles-oder-Nichts"-Haltung deutlich. Wie der Verlauf der Nacht und die weiteren Ermittlungen der Bullen zeigen, war dieses Vorgehen viel zu kurz gedacht. Die, die durch unsere Fehler ins Visier der Bullen geraten sind, haben sich nun mit dem Problem auseinanderzusetzen, daß ihnen die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen wird. Das wäre ohne die Baugleichheit und die unterschriebenen Warnzettel für die BAW nicht so einfach gewesen. Diese Vorgehensweise stellte auch für uns selbst eine unnötige Gefährdung dar. Jede Aktion sollte so geplant werden, daß bei einer Festnahme vor oder während der Aktion einem/r nicht auch noch vorangegangene angelastet werden können.



Fazit:

Entgegen dem durch die Presse vermittelten Bild, Berlin-Grünau hätte kurz vor einer Kamikazeaktion gestanden, wäre die von uns geplante Aktion durchführbar gewesen. Tatsache ist aber, daß wir in der Planung einiges an schwerwiegenden Fehlern produziert haben. Unserer Meinung nach war der Größte, uns nicht die ausreichende Zeit gelassen zu haben, im rechten Moment nicht von dem einmal gesetzten Termin losgelassen zu haben und bei auftretenden Pannen weder Ausweichmöglichkeiten noch den nötigen Raum für deren Beseitigung eingeplant zu haben. Die meisten der weiteren Fehler sind aus diesem Zeitdruck heraus entstanden, dem Unvermögen, die Probleme so ausreichend und gemeinsam zu diskutieren, bis für alles die beste Lösung gefunden ist. Wir müssen aus diesen Fehlern Konsequenzen ziehen. Die Funktionalisierung von Personen, die sie der Justiz in die Hände gespielt haben, können wir durch unser Bedauern darüber nicht rückgängig machen. Wir können nur versuchen, soweit das in unserer Macht steht, den Schaden so weit als möglich zu begrenzen.

Unserer eingangs des Papiers formulierten Verantwortung sind wir nicht gerecht geworden. Der von uns avisierte Effekt, mobilisierend auf die radikale Linke zu wirken, hat sich durch unser Scheitern und durch die Art des Scheiterns ins Gegenteil verkehrt!

Wir werden unsere politische Arbeit als K.O.M.I.T.E.E. beenden. Diese Entscheidung haben wir aufgrund der Gesamtheit der von uns verursachten Fehler gefällt. Eine Weiterführung unserer Politik unter diesem Namen könnte eventuell auch noch den jetzt Beschuldigten zur Last gelegt werden. Wir kennen die Verurteilungswut deutscher Gerichte in 129a-Prozessen und wissen, daß sie Angeklagte nicht nach Beweislage, sondern nach politischer Opportunität verurteilen.

Unsere Entscheidung ist kein Abgang auf militante Politik formen im Allgemeinen, sondern unsere persönliche Konsequenz aus dem Debakel. Wir finden es nach wie vor wichtig und richtig, auch mit militanten Mitteln, in die politischen und militärischen Pläne der Herrschenden einzugreifen und ihre Projekte, wo immer

möglich, zu benennen, anzugreifen und zu verhindern.

Wir freuen uns sehr über die Initiative des K:O:L:L:E:K:T:I:V's, die unser Thema aufgegriffen haben und konsequent weitertragen.

6.9.95 DAS K.O.M.I.T.E.E.

**DAS IDEALE
FLUCHTAUTO.
WENN DIE BULLEN
ZU FUSS KOMMEN.**

www.kangoo.de "Unverb. Preistemp. Abb. z. 1990 mit Sonderausstattung"

Der hängt jeden uniformierten Schnauzenträger ab. Und auch sonst läßt sich der Kangoo keine Freiheit verbieten. Altherme Schönheitsideale ignoriert, dreist, und die Raumnormen für Gefängniszellen überbietet er locker. Außerdem ist er mit 21.990,- Mark* unverschämte günstig. Gehört eigentlich

SCHÜBQUADRU. HIER KOMMT KANGOO.

RENAULT

Das Imperium schlägt zurück

Wie die Staatsschutz-Bullen es mit ihrem eigenen speziellen Humor richtig auf den Punkt brachten, als sie ihre So-Ko 'Osterei' nannten, war der Fund vom 11.4.95 für sie ein unerwartetes Geschenk. Es gab und gibt bis heute keine Hinweise darauf, daß die Sicherheitsbehörden irgendeinen Hinweis auf den geplanten Anschlag gehabt hätten. Der Streifenwagen stieß zufällig in Grünau auf die beiden Fahrzeuge. Es dauerte danach einige Stunden, bis die Polizeimaschine warmgelaufen war, bis es zu Durchsuchungen und der anschließenden Fahndung kam.

Auch in der Folgezeit entstand immer wieder der Eindruck, daß der Ermittlungseifer vor allem des Staatsschutzes begrenzt blieb und nicht durch politischen Druck von oben geschürt wurde. Die Bundesanwaltschaft (BAW) in Karlsruhe selbst beschwerte sich über den schleppenden Gang der Ermittlungen.

Das Problem der Ermittlungsbehörden war und ist, daß sie außer den Funden in Grünau kaum etwas gerichtswertbares vorzuweisen haben. Ein §129a-Verfahren und die damit verbundene Behauptung einer existierenden 'terroristischen Vereinigung' namens KOMITEE ist zwar rasch in die Welt gesetzt, und auch Haftbefehle und Vorladungen sind damit leicht zu begründen. Weniger leicht ist es, nachzuweisen, wer dieser Vereinigung angehörte oder sie unterstützte, bzw. wer mit dem Anschlagsversuch vom 11.4.95 wirklich in Verbindung zu bringen ist.

Diese Beweisnot zeigt sich in den Versuchen der BAW, die Lücken in der Beweiskette zu schließen. So sollten im Sommer 1995 Spuren roter Sprühfarbe, die auf dem Gelände in Neutrebbin entdeckt worden waren, verglichen werden mit Spuren ähnlicher Farbe, die beim Anschlag des KOMITEEs 1994 in Bad Freienwalde zurückgeblieben sein sollen. Dadurch sollte ein Zusammenhang hergestellt werden zwischen den Gesuchten und der Gruppe KOMITEE. Die Eltern der Gesuchten sollten sich im November 95 einer DNA-Analyse unterziehen; die BAW hoffte offensichtlich, durch den Gen-Abgleich mit Zigarettenkippen, die in den Autos in Grünau gefunden worden waren, diese Zigaretten den Gesuchten zuordnen zu können. Dieser Versuch der BAW war gleichzeitig ein Testballon, denn die Identifizierung einer Person über die DNA ihrer Eltern war vorher noch nicht versucht worden. Die mögliche Aussagekraft dieses Vergleichs ist wissenschaftlich umstritten, selbst die BAW räumt ihr nur eine Sicherheit von "über 50%" ein.

Anfang '96 dann folgte der Versuch, über die Ladung zahlreicher vermeintlicher Zeuginnen das Umfeld der Betroffenen durchsichtiger zu machen. Auch dieser Ansatz der Ermittlungsbehörden verlief praktisch ergebnislos.

Ohne die Aktenlage zu kennen, kann doch vermutet werden, daß es mit den Beweisen der BAW für die Beteiligung

irgendwelcher Menschen an den KOMITEE-Aktionen nicht weit her ist. Die Aussagen angeblicher Augenzeugen erwiesen sich als unhaltbar - so behauptete jemand, die Gesuchten in der Nähe des Tatortes gesehen zu haben, was durch hieb- und stichfeste Alibis widerlegt werden konnte. Die BAW drohte bei dieser Gelegenheit mit Verfahren wegen



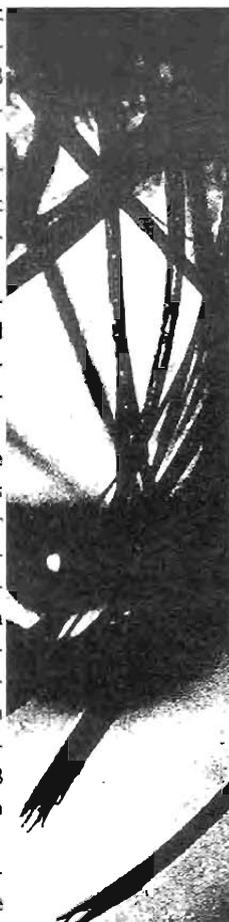
Falschaussage gegen EntlastungszeugInnen, die über jeden Verdacht der Voreingenommenheit erhaben waren - einmal mehr bewiesen die VertreterInnen der Karlsruher Sonderbehörde da ihren krankhaften Beißreflex gegen alles, was ihnen im Weg steht.

Hätten sich in Grünau irgendwelche Beweise für die Anwesenheit der Beschuldigten gefunden, so hätte die BAW sich Strohhalme wie die Gen-Analyse der Eltern sparen können. Insofern unterscheidet sich der Stand der Ermittlungen 1998 wahrscheinlich nicht oder kaum vom Stand im

Mai 1995, mit dem Unterschied, daß die Ermittlungsbehörden in der Zwischenzeit viele Informationen über das soziale Umfeld der Beschuldigten gesammelt haben dürften.

Das Ergebnis ist eine Art Patt: Die BAW kann nicht beweisen, daß alles so war, wie sie behauptet, hat aber genug in der Hand, um die Haftbefehle gegen die drei Hauptbeschuldigten aufrechtzuerhalten. Und da in politischen Verfahren oft aus Vermutungen der BAW 'Beweise' werden und aus rechtsstaatlichem Wunschdenken 'Urteilsbegründungen', ist es absolut verständlich, daß die drei Gesuchten sich weiterhin dem Verfahren entziehen.

Für die AnwältInnen der Beschuldigten gibt es nach wie vor fast keine



Möglichkeit, in das Verfahren einzugreifen. Die Akten werden ihnen - bis auf kleine Ausnahmen - vorenthalten.

Die juristische wie die öffentlich-politische Auseinandersetzung hat sich deswegen schon bald nach dem Vorfall auf den sichtbareren Bereich der Vorladungen von angeblichen ZeugInnen verlagert.

So wenig effektiv die Ermittlungen von SoKo 'Osterei' und BAW im juristischen Sinne auch waren, sie hatten doch massive Auswirkungen auf den Alltag der Betroffenen. Zuerst rollten zwei Durchsuchungswellen über sie hinweg, verbunden mit polizeilicher Observation und Einschüchterungsversuchen.

Insgesamt sieben Menschen hat die BAW dabei besonders im Visier: Die drei Abgetauchten, eine Beschuldigte, die vorübergehend in U-Haft war, sowie drei weitere Leute, die als 'Verdächtige' geführt wurden, um sie je nach Bedarf als Beschuldigte oder ZeugInnen ins Verfahren einbauen zu können. In einem dieser drei Fälle wurde inzwischen vom BGH dieser Trick der BAW für unzulässig erklärt und festgestellt, daß der Betroffene als 'Beschuldigter' zu führen ist.

Rund dreißig weitere Leute müssen als potentielle angebliche ZeugInnen mit Vorladungen durch die BAW rechnen.

Bei Verweigerung der Aussage droht ihnen ein Zwangsgeld von bis zu 1000,- DM und bis zu sechs Monaten Beugehaft.

Für etliche Menschen greift also auch nach drei Jahren noch der Repressionsdruck in ihr alltägliches Leben ein. Wenn sie umziehen, sich verlieben, einen Job annehmen, einen Urlaub planen, immer lauert dabei der Gedanke, daß sie auf einmal für sechs Monate im Knast sein könnten oder auf andere Weise noch in das Verfahren hineingezogen werden könnten. Dieser Aspekt der Verunsicherung ist sicher nicht eigentliches Ziel der BAW-Maßnahmen, aber doch willkommene Nebenwirkung.

Anonyme Aussageunwillige

Im Sommer 1995 setzten sich erstmals Betroffene und deren FreundInnen zusammen, um zu überlegen, wie mit dem ganzen Thema 'ZeugInnen-Vorladungen' am besten umzugehen sei. Daraus entwickelte sich sowohl eine Beschäftigung mit dem konkreten Fall als auch eine allgemeinere Diskussion über Aussagen, Verrat (oder nicht), Umgang mit Repression. Grundlage dieser Auseinandersetzung war die Einsicht, daß es nicht damit getan ist, starke Parolen gegen Aussagen zu verbreiten und Geld für Leute in Beugehaft zu sammeln. Vielmehr muß berücksichtigt werden, welche Menschen in welcher Lebenssituation be-

troffen sind und wie ihnen am besten der Rücken zu stärken ist gegen den Angriff der Ermittlungsbehörden. Angesichts der Unterschiedlichkeit der von Vorladungen bedrohten Personen wäre es völlig aussichtslos gewesen, eine 'Einheitsfront' gegen die BAW schmieden zu wollen.

Es hat darum auch keinen Sinn zu behaupten, Aussagen werde es grundsätzlich nicht geben. Ein paar Aussagen wurden in verschiedenen Formen gemacht, auch von Leuten, die

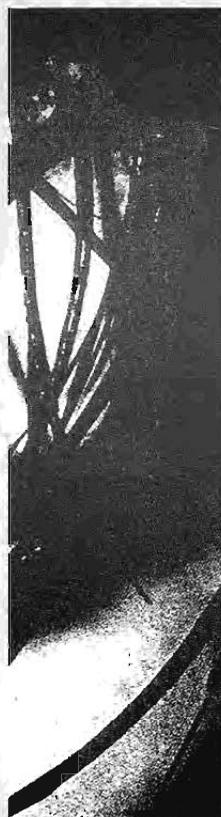
sich der linksradikalen Szene zurechnen lassen. Sie kamen in klassischen Situationen zustande: Wenn Menschen unvorbereitet in eine Verhör-Situation gerieten, der sie darum nicht gewachsen waren. Ein Verhör hat oft keine klar bestimmbar Grenzen, und das mit Absicht. Es ist eine typische Verhörtechnik, die interessanten Fragen an Routinevorgänge anzukoppeln oder nach einer Druckphase eine scheinbar lockere Phase folgen zu lassen. Ideal für den Verhörenden ist es, wenn sein Gegenüber aus irgendwelchen formalen Gründen mit ihm reden muß bzw. will. Wer etwa sichergestellte Gegenstände abholen will oder sich kurzfristig mit einer schweren (und möglicherweise auch vollkommen abwegigen) Beschuldigung konfrontiert sieht, wird nach der Klärung dieser Situation oft vom Staatsschutz-Bullen zu hören bekommen: "jetzt aber mal ganz privat, nicht fürs Protokoll", oder "was ich noch kurz wissen wollte", oder ähnliches.

Das scheint leicht zu durchschauen, wenn es hier trocken niedergeschrieben steht, aber in der Praxis funktioniert es leider immer wieder.

Ein Mensch ist einer BAW-Vorladung im April 96 gefolgt, hat dort ein paar Fragen beantwortet und sich damit selbst kurzzeitig in eine unangenehme Lage gebracht. Auch hier wurde der alte (und natürlich nicht erlaubte) Verhörtrick angewandt, jemanden vom Zeugen plötzlich zum Beschuldigten werden zu lassen, um ihn unter Druck zu setzen und nervös zu machen und dadurch unkontrollierte Äußerungen herauszulocken. Im Beisein seines Anwalts hätten sie sich das möglicherweise nicht erlaubt. Zu seinem Glück schien die BAW dann doch nicht sehr interessiert an ihm zu sein - es bleibt zu hoffen, daß es ihm eine Lehre sein wird, sich das nächste Mal vorzubereiten und (auch anwaltlich) besser beraten zu lassen.

Insgesamt sieht es danach aus, als ob die einzelnen Aussagen, die Staatsschutz und BAW ergattern konnten, den Ermittlungen nicht viel weitergeholfen haben - soweit sich das ohne Einblick in die Akten beurteilen läßt. Aber es zeigt sich daran einmal mehr, wie wichtig es ist, sich als Betroffene mit den möglichen Verhör-Situationen rechtzeitig auseinanderzusetzen - also mit 'inoffiziellen' wie mit 'offiziellen' Verhören. Und es zeigt, daß mit platten Formeln wie 'Aussage = Verrat' überhaupt nichts gewonnen ist.

Das Thema 'Aussagen - was tun, wenn's passiert ist?' er-



wies sich als immer komplexer, je länger darüber diskutiert wurde. Es wurde deutlich, daß die Situation, in der Aussagen stattfinden, eine große Rolle spielt: Ist es im Verlaufe eines Gerichts-Prozesses, eines Ermittlungsverfahrens, am Kneipentisch? Werden Personen belastet, Zusammenhänge aufgedeckt, Banalitäten erzählt? Ist sich die Person be-



wußt darüber, was sie sagt und was nicht? Welches Verhältnis besteht zu denen, denen die Aussagen schaden könnten, und wo ordnet die aussagende Person sich selbst ein? Und was ist zu tun, nachdem jemand tatsächlich Aussagen gemacht hat? Jeder Versuch einer Vereinfachung, einer Zusammenfassung führte unweigerlich zu noch längeren Papieren, noch grundsätzlicheren Begriffsdefinitionen und letztlich zu der Einsicht, daß es keine allgemeingültigen Texte zu dem Thema geben kann, sondern immer der konkrete Fall mitbetrachtet werden muß - zumindest dann, wenn es um mehr geht als die Grundwahrheit, daß es als Verrat anzusehen ist, wenn jemand andere Menschen bewußt ausliefert (wie etwa Klaus Steinmetz Anfang der 90er Jahre in Wiesbaden). Es wird also auch diesmal nichts mit dem 'Aussage-Knigge' für Autonome.

Das Ziel ist und bleibt, daß es so wenig Aussagen wie nur möglich gibt. Wenn jemand durch die Auseinandersetzung mit der Situation dahin kommt, statt fünf Fragen nur eine zu beantworten, dann ist das ein ebensogroßer Erfolg, wie wenn jemand statt einer gar keine beantwortet. Wenn jemand versucht, sich durch den §55 (Gefahr der Selbstbelastung) dem Verhör zu entziehen und die Beugehaft damit zu vermeiden, so ist das nicht aufzurechnen gegen beispielsweise den anderen Weg, von vornherein jedes Gespräch zu verweigern und mit gepackten Taschen zum Verhör zu erscheinen. Es ist unmöglich, von vorneherein und allgemeingültig zu entscheiden, welches Vorgehen am sinnvollsten ist, denn dazu müßten die Absichten der Verhörenden bekannt sein, und das sind sie meistens nicht oder nicht ausreichend. Das heißt aber nicht, daß nicht vorher überlegt werden sollte, was ihre Absichten sein könnten. Wichtig ist auch, vorher mit dem/der AnwaltIn genau zu besprechen, wohin die Reise gehen soll: Wann es angesagt ist, sich unter vier Augen zu beraten, wieviel Eingriffsfreiheit er/sie hat...

Der in ZeugInnen-Kreisen 1995/96 viel diskutierte §55 StPO erwies sich einmal mehr nicht als Wundermittel gegen drohende Zwangsmaßnahmen, sondern als vom Einzelfall abhängiger, manchmal gangbarer Weg.

Es bleibt als vorläufige Einschätzung der Eindruck, daß der differenzierende Umgang mit der Situation sich bewährt hat und alles dafür spricht, daß die BAW auch bei zukünftigen Ladungen wg. 'KOMITEE' auflaufen wird, auch wenn

das für einzelne enorme Belastungen bis hin zur Beugehaft bedeuten kann.

Das Osterei und der Schwan

Schließlich noch etwas zur Einschätzung des KOMITEE-Verfahrens an sich und im Verhältnis zu anderen Angriffen der Staatsorgane.

Im Unterschied zum Verfahren gegen die 'Radikal' (LKA-Sonderkommission 'Schwan') oder die 'AIZ' war das KOMITEE-Verfahren kein von langer Hand vorbereiteter Schlag. Der Zufallserfolg in Grünau paßte gut in die Kampagne

von Bundesanwaltschaft und Innenministerien gegen die linksradikale Szene, scheint aber zumindest für den Berliner Staatsschutz eher unwillkommene Mehrarbeit gewesen zu sein. Bei allem Terror oder 'Ermittlungsdruck' der Behörden läßt sich bisher sagen, daß es für alle Betroffenen weitaus schlimmer hätte kommen können, was U-Haft, Observationen, Razzien, Vorladungen angeht. Das KOMITEE-Verfahren hat insofern mehr von einem 'normalen' Ermittlungsverfahren als etwa das 'Radikal'-Verfahren. Was beiden Verfahren gemeinsam ist, ist die Tatsache, daß sie auf wenig öffentliches Interesse über die linksradikale Szene hinaus stoßen; erneut zeigt sich hier, daß mittlerweile ein politisches Klima in Deutschland herrscht, in dem die Sicherheitsbehörden ziemlich unkontrolliert nach Lust und Laune agieren können.



Im Sommer 1995 schien es naheliegend zu sein, die Solidarität zu 'Radikal' und den KOMITEE-Verfolgten zusammenzuführen, zumal auch die BAW zu versuchen schien, aus Zeitschrift und militanten Gruppen eine gemein(sam)e 'Bande' zu konstruieren. Diese Konstruktion diente aber scheinbar mehr der kurzfristigen Hetze in den Medien nach der Großrazzia und wurde in der Folgezeit immer seltener gehört. In Sachen KOMITEE tat sich sowieso kaum etwas, abgesehen vom ZeugInnen-Karussell, wozu im vorherigen Abschnitt einiges steht. So wurde aus der gemeinsamen Soli-Arbeit bald eine gemeinsame Arbeit zum Thema ZeugInnen & Aussagen, aus der schließlich auch eine Broschüre mit Beiträgen dazu entstand.

In einem waren die Staatsschützer jedenfalls leider erfolgreich: viele Menschen haben ihre Kraft dafür aufwenden müssen, mit der Repression umzugehen, haben sich abgearbeitet und sich dabei viel Frust abgeholt.

Wenn die Nacht am tiefsten ist, ist es ganz schön finster..

Brief eines Untergetauchten, Interim 340, 20.Juli 1995

Ich bin einer der drei Leute, die wegen der gescheiterten Aktion gegen den Abschiebeknast in Grünau gesucht werden. Als Betroffener werde ich zu einigen Punkten was sagen, auch weil ich denke, das es eine allgemeine Unklarheit gibt, wie mit der Situation umgegangen werden soll.

So wie es aussieht, ist der Erfolg der Bullen tatsächlich auf Zufall und Fehler bei der Aktion zurückzuführen und nicht etwa auf polizeiliche Infiltration oder andere böse Counterinsugency Aktivitäten. Daß wir deswegen in der Scheiße sitzen ist zwar traurig, aber kein Weltuntergang. Das Leben geht weiter. Letztendlich ist unsere Situation Alltag für zigtausend Flüchtlinge in der BRD,

wobei es uns wohl um einiges besser geht als den meisten von ihnen. Wir sind auf jeden Fall entschlossen, uns weder zu stellen noch von der BAW erwischen zu lassen. Auf sowas lassen wir uns nicht ein.

Vielleicht erwartet ihr jetzt, daß ich erkläre, wieso mein Perso oder meine Nummernschilder oder meine Wasaichimmer in unmittelbarer Nähe eines schwerbewaffneten Autos gefunden wurden, aber das wäre natürlich ziemlich unklug, so etwas im Moment auf den Tisch zu packen, weil die Bullen dann Jahre Zeit haben, sich darauf einzustellen.

Anna und Arthur halten's Maul! Warum aber auch das Maul gehalten wird, wenn die Bullen sich austoben, Leute verhaften oder mit völlig fadenscheinigen Gründen und Konstruktionen in die Sache reinziehen, ist mir schleierhaft. Warum werden solche Angriffe nicht öffentlich gemacht und bloßgestellt?

Es ist doch eine uralte Erfahrung, daß Justiz und Bullerei sich nicht an die eigenen Spielregeln halten, wenn sie ungestört bleiben und nicht durch öffentliche Kontrolle dazu gezwungen werden.

Die Angeklagten wegen der Aktion im China-Restaurant (Gewaltsamer Tod des rechtsextremen Funktionärs G. Kaindl 1992, Anm.d.S.) wurden nicht so "milde" verurteilt, weil Richterin Eschenbach so viel Verständnis hat für den antifaschistischen Widerstand von ImmigrantInnen, sondern weil der Mordvorwurf im öffentlichen Rampenlicht nicht mehr haltbar war und die rassistische Gesinnungsjustiz zu offensichtlich geworden wäre.

Die Bullen haben z.B. B.... vorübergehend eingeknastet, obwohl ihnen klar war, daß sie nichts mit der Sache zu tun hat. Mittlerweile mußten sie sie wieder rauslassen, weil ihre "Beweise" zu offensichtlich konstruiert waren. Das Ganze hat den Charakter von "Geiselnhaft"! Natürlich liegt die Hauptverantwortung für die Möglichkeit, unter anderen B.... die Aktion in die Schuhe zu schieben, in unverantwortlichen Fehlern, die bei der Aktion selbst gemacht wurden. Aber gerade weil zu befürchten ist, daß die Bullen weitere Versuche in solche Richtungen unternehmen werden, darf mensch sie nicht ungestört agieren lassen.

Mit der bundesweiten Durchsuchungswelle vom 13.6.1995 starteten die Bullen den Versuch mit einem Rundumschlag der radikalen Linken endgültig den Garaus zu machen, die Leute einzuschüchtern und mit Verfahren einzudecken. Wenn dieser Angriff nicht von vielen offensiv beantwortet wird, werden sie ihr Ziel erreichen. Es ist jetzt wichtiger denn je, sich nicht eingeschüchtert zurückzuziehen und einzeln die nächsten Schritte der Bullen abzuwarten, sondern sich zusammenzuschließen und nach vorn zu gehen, die Schweinereien des Staatsschutzes offenzulegen, die Unterstützung der Betroffenen zu organisieren, die kriminalisierten Themen aufzugreifen.

Ich will ein paar Takte zur Politik der AIZ sagen, auch wenn es nichts grundlegendes neues ist.

Daß diese Kritik im Anschluß an eine massive Repressionswelle erfolgt, die unter anderem mit der Suche nach den AIZ begründet wurde, mag unsolidarisch erscheinen. Ich finde aber auch in dieser Situation eine ehrliche Diskussion wichtiger als den Austausch von Höflichkeiten.

Natürlich ist es erstmal anerkennenswert, wenn Leute in diesen finsternen Zeiten ernsthaft an revolutionären Perspektiven arbeiten und dazu auch noch ihre Haut riskieren. Mit den in den Erklärungen verbreiteten Analysen stimme ich im großen und ganzen auch überein. Aber wenn ich mir anschau, welche Praxis die Gruppe daraus ableitet, wird mir bange.

Erstens finde ich es falsch, militante Politik ausschließlich als "Frontabschnitt im internationalen Kampf um Befreiung" zu sehen, ohne dabei auch eine Verbreiterung hier im Auge zu haben, so beschissen die gesellschaftlichen Bedingungen hier dafür auch sind. Praktisch heißt das: den Imps mehr oder weniger empfindliche Stiche zu verpassen, die sich aber an kaum jemand vermitteln lassen und deshalb auch nicht dazu führen können, daß sich mehr Leute für die Idee von Befreiung begeistern, kann langfristig nichts verändern. Da sind andere schon früher drauf gekommen. In einer Situation zugespitzten Kampfes, wo es konkret um die Machtfrage geht, treten solche Überlegungen natürlich in den Hintergrund, da geht es hauptsächlich darum, den Gegner materiell zu schädigen. Aber

ganz so weit sind wir noch nicht.

In der jetzigen Situation ist der Sinn militanter Initiativen neben der konkreteren Durchsetzung von Forderungen vor allem ein propagandistischer - aufzeigen, daß Widerstand möglich ist. Leute motivieren, sich selbst zu engagieren.

Zum zweiten finde ich es daneben, so eine Scheißegal - Haltung im Umgang mit Menschenleben zu verbreiten, wie ihr das tut. Vielleicht waren eure Aktionen nicht so unverantwortlich, wie sie in den Medien dargestellt wurden. Das Schlagwort von den PTA ("potentiell tödliche Aktionen") vermittelt aber genau so eine Verantwortungslosigkeit. Entweder entschließt ihr euch dazu, Führungskräfte umzulegen, dann müßt ihr das sehr genau begründen. Oder ihr wollt das nicht, dann müßt ihr auch dafür sorgen, daß das nicht passiert. Es geht nicht, jemanden ein Ei vor die Tür zu legen, und dazu zu sagen, egal ob er oder andere dabei getötet werden, das Ziel ist es, daß sie Angst haben.

Insgesamt empfehle ich euch, eure Initiative erstmal auf Eis zu legen und nochmal gründlich zu überdenken. Lernt zielen!

Die BAW hat vier Genossen eingesperrt und sucht nach weiteren, weil sie die "Radikal" herausgebracht haben sollen. Die radi bringt jetzt schon zwölf Jahre seit ihrer Kriminalisierung unzensurierte Infos, Meinungen und praktische Tips unters Volk. Trotz ständiger Schikanen vor allem von Druckereien und EndverkäuferInnen ist es bisher nie gelungen, die Herstellung und Verbreitung zu verhindern. In der Geschichte der BRD ist das der einzige Fall einer bundesweiten Zeitung, die über einen längeren Zeitraum ohne die Zensur durch staatliche Organe fortschrittliche Inhalte verbreiten konnte. Zwar ist es ihr nie gelungen, wesentlich über einen "Autonomen" Kreis von LeserInnen herauszukommen, aber neben ihrem praktischen Gebrauchswert für viele Linksradikale ist sie ein lebendiger Beweis dafür, daß man funktionierende Strukturen jenseits staatlicher Kontrolle organisieren kann. Man muß sich ja nicht alles gefallen lassen.

Verhindern wir, daß sie die Leute für Jahre wegsperren! Es muß beim Thema Meinungsfreiheit möglich sein, breite Kreise zur Unterstützung der vier zu

gewinnen, und die Konstruktion, auf die sie die Durchsuchungen und Festnahmen stützen, sieht nicht gerade solide aus. Bei dem Versuch, die "radikal" einzumachen, hat sich die Justiz schon öfters blamiert. Wenn es gelingt, die Anklage zu Fall zu bringen, ist das nicht nur ein Schutz für die Betroffenen, sondern auch ein erkämpftes Stück Freiheit, die Möglichkeit, weiterhin offen über linke Strategien diskutieren zu können.

Und an die MacherInnen der Zeitung: laßt euch nicht davon abbringen, die radi weiterhin herauszubringen! Was wahr ist, wird auch weiterhin gesagt, geschrieben und gedruckt!

Grüsse aus dem Jenseits

C'est la vie!

Brief eines Untergetauchten, Interim 432, 18. Sept. 1997

Hallo Szene,
Jetzt, da ihr diesen Brief von mir in den Händen haltet, dürften fast zwei Jahre vergangen sein, seitdem die Gruppe K.O.M.I.T.E.E. im Frühjahr '95 versucht hat, den im Bau befindlichen Abschiebeknast Grünau in die Luft zu jagen. Ich bin einer derjenigen, (Peter, Bernd oder Thomas?) die sich als Folge der Ereignisse jener Nacht dazu entschieden haben, sich dem Zugriff der ermittelnden Behörden zu entziehen. Ob ich oder sonstwer irgendetwas mit dem damaligen Vorhaben dieser Gruppe zu tun habe oder nicht, soll an dieser Stelle weder mich noch andere interessieren.

Doch die SoKo Osterei wird es sicherlich trotzdem interessieren, was sie aus diesem Brief an Fahndungs- und Vorwurfsmaterial herausziehen kann. So entsteht mein Brief sowohl unabhängig davon, was ich in der Nacht vom 10. auf den 11.4.1995 tatsächlich gemacht habe, als auch unabhängig davon, was ich für ein politisches Verhältnis zu Gruppierungen wie dem Komitee habe. Nur eines sei hiermit klar gesagt:

Ich werde mich nicht von dem Vorhaben dieser Gruppe in jener Nacht distanzieren, da auch ich der Meinung bin, daß diejenigen die Terroristen sind, die Straf-, Zurichtungs- und Abschiebeknäste bauen lassen, und nicht diejenigen, die sie sprengen wollen. Darin sind wir uns doch einig, oder!

WARUM DAS GANZE

Bis vor ca. 4 Monaten war ich mir relativ sicher, daß ich mich aus dieser Fluchtsituation heraus nicht zu Wort melden würde, zumindest nicht auf der Ebene, die auf meine bisherigen Erfahrungen eingehen würde. Zu groß erschien mir die Gefahr, den Fahndungsbehörden in die Hände zu spielen. Ich hatte das Gefühl, wenn ich alles weglassen würde, was mich oder andere in irgendeiner Art gefährden könnte, nach außen ein Bild desorientierter Frustration entstehen zu lassen, was meiner tatsächlichen Situation nicht entspräche.

Während dieser Zeit begann ich, mich mit Biographien politisch verfolgter linker Frauen und Männer, die ins Exil gingen/gehen mußten, zu beschäftigen. Alle hatten sie über sehr interessante Erfahrungen zu berichten, ich selber konnte mich jedoch in keiner dieser Biographien wiederentdecken, da die betreffenden Personen die Möglichkeiten offiziellen Asyls in Anspruch nehmen konnten. Dieser offizielle Status prägte deren Lebensrealität so, wie meine derzeitigen Realitäten von den Bedingungen eines Lebens unter klandestinen Vorzeichen geprägt sind.

Da es mir selber sehr wichtig wäre, auf die Erfahrungen derjenigen zurückgreifen zu können, die irgendwann in ihrem Leben oder auch heute noch in einer vergleichbaren Situation steck(t)en, und ich wenig (Interviews in der Radikal, Briefe Abgetauchter aus dem Kaindl-Verfahren) finden konnte, was sich mit meiner derzeitigen Situation, ausgehend von der Position selbstgemachter Erfahrungen, auseinandersetzt, habe ich mich entschlossen, mich an die Arbeit zu machen.

Vieles von dem, was meinen neuen Alltag extrem bestimmt, wird sich in diesem Brief nicht wiederfinden, da ich darüber nichts sagen kann. So kann ich nur hoffen, daß Euch beim Lesen weniger langweilig ist, als mir beim Schreiben - Ich bin wenig zuversichtlich und entschuldige mich schon mal vorsorglich....

C'EST LA VIE, ERSTE HÄLFTE

Von dem Zeitpunkt an, da ich um meinen Haftbefehl wußte, waren die Stunden, Tage und Wochen von einer undefinierbaren Angst gezeichnet, die nahezu jede Bewegung bestimmt hat. Ich wußte ja, daß auch mein Bild sowohl bundesweit im Fernsehen, als auch in international erhältlicher, deutscher Presse zu bewundern war. Ich habe mich einige Tage nicht aus der Wohnung getraut, sowohl aus der Angst heraus, erkannt zu werden, aber vor allem aufgrund der Möglichkeit, in eine zufällige Kontrolle zu kommen und keinen

Namen mehr zur Verfügung zu haben, um mich auszuweisen. In der Wohnung versuchte ich mich schwebend zu bewegen, um ja keine Geräusche zu verursachen. Ich habe viel TV geglotzt, gelesen, geschlafen, wirre Sachen geträumt und darüber nachgedacht, was ich mit der Situation denn jetzt eigentlich anfangen soll. Es war schnell klar, daß ich mich selber in dieser Situation um die nächsten Schritte nicht kümmern kann (es sei denn, ich hätte mich stellen wollen, aber das war nur für einen kurzen Zeitraum Teil der damaligen Überlegungen), und so mußte ich mich vor allem in Geduld üben, was bei den durch die Situation bedingten Kommunikationsschwierigkeiten und diversen Mißverständnissen manchmal gar nicht so einfach war.

Während der ersten Zeit war die Angst vor einem einreitenden Einsatzkommando ständig latend präsent, auch wenn diese Angst real gar nicht meiner Situation entsprach.

AUF NEUEN WEGEN

Das änderte sich in dem Moment, in dem ich eine neue Identität in den Fingern hatte und ich mich wieder auf die Straße traute. Meine Angst erkannt zu werden, war, nachdem inzwischen einige Wochen vergangen waren, gegen Null geschrumpft. Ich wußte ja um die Schnelligkeit dieser Zeit, um den oberflächlichen Blick derjenigen, die täglich von obenuntenvornehintenrechtsundlinks mit tausenden von Informationen zugekleistert werden. Ich ging davon aus, daß die Masse der Menschen unsere Fahndungsbilder längst wieder in die Sphären ihres Hirnes verbannt hatte, wo sie alles aufbewahrt, was ihnen zuviel oder zu langweilig erscheint.

Ähnlich habe ich die Bullen eingeordnet, bei denen die meisten derer, die sich nach dem 11.4.95 nicht ausschließlich mit der Suche nach uns beschäftigten, ja auch nur ihren 8Stundentag abreißen und eher an die nächste Bratwurst denken, als daran, daß ihnen gerade ein "mutmaßlicher Terrorist" über den Weg läuft.

Trotzdem bin ich fast in Ohnmacht gefallen, als zum ersten (und bisher einzigen) mal ein Streifenwagen aus voller Fahrt direkt neben mir anhielt und die beiden Schnösel rausssprangen. Und tatsächlich hinterläßt auch heute noch jede



Begegnung mit der anderen Seite ein flausches Gefühl im Magen, auch wenn mir mein Kopf sagt, daß die durch mich hindurchsehen.

Eine realere Angst stellt für mich die zufällige, unerwünschte Begegnung mit Bekannten dar; eine Begegnung, die ich womöglich nicht einmal realisieren würde und so nicht auf sie reagieren könnte. Das Ergebnis könnte ein Szeneklatsch allererster Güte über Aufenthaltsort und Aussehen des XY sein. Anna und Artur halten zwar das Maul, aber welche wollten darauf schon vertrauen.....

Im großen und ganzen ist die neue Realität von vielem geprägt, was überhaupt nicht so neu ist, aber auch von vielem, was eine radikale Veränderung im Verhalten erfordert. Zum Beispiel habe ich während des letzten Jahres wahnsinnig viele Leute kennengelernt. Viele, die mir konkret weitergeholfen haben und die über meine Geschichte Bescheid wußten, aber noch viel mehr Leute, die mit meiner Flucht nichts zu tun hatten/ haben, denen gegenüber ich ein wirres und hoffentlich kontrollierbares Lügengeflecht über meine Vergangenheit und Zukunft zu präsentieren habe. Für mich wird das in dem Maße schwieriger, in dem ich Vertrauen zu den "Neuen" entwickle und ich bei mir das Bedürfnis entdecke, meine wahre Identität preiszugeben.

Meiner Einschätzung nach ist es sinnvoll, eine sehr kleine Anzahl vertrauenswürdiger Menschen in die eigenen, besonderen Lebensumstände einzuweißen, da es immer wieder nötig sein wird, wegen kleiner und größerer Hilfeleistungen auf GenossInnen "von außen" zurückzugreifen und es nötig sein wird, mit welchen offen diskutieren zu können, mit denen der/die Geflüchtete im übertragenen Sinne "dieselbe Sprache spricht".

Es wird aber weitaus mehr Menschen im Umfeld geben, denen eine Lebens-

lüge zu präsentieren ist, die erklärt, warum du da bist, wo du bist, was du früher gemacht hast, warum du nicht wieder dahin willst, wo du herkommst und für den Fall, daß du mit aktiven Linken zu tun hast, wirst du erklären müssen, warum du selber so unaktiv bist, und du wirst das wahrscheinlich auf eine Art erklären wollen, die dich nicht dein Gesicht verlieren läßt.

Ich denke, in bezug auf dieses Lügengeflecht ist es wichtig, sich eine Geschichte auszudenken, die zum "Lügner" paßt, möglichst einfach ist und ihn gleichzeitig genügend schützt.

Da die allermeisten nicht wissen, warum du jetzt in ihrer Nähe lebst, werden oft für deine neue Realität absurde Fragen gestellt.

Das geht von "kommst du mit auf die und die Demo?" bis "warum hast du eigentlich keine Lust, Auto zu fahren?" und ist im einzelnen zwar einfach zu



lösen, aber du mußt deine Geschichten im Kopf behalten und darfst dich nicht in Widersprüchen verwickeln. Ich finde das mitunter recht schwierig, aber auch immer wieder lustig, weil Schauspielerei auch so seine reizvollen Momente hat.

Eine andere Frage, die es zu klären gilt, ist die der Kleiderordnung. Du hast deine dir lieben Gewohnheiten, die du nicht aufgeben willst, andererseits ist ein Veränderungsprozeß angesagt. Ich bin in der Lösung dieser Frage sehr opportunistisch veranlagt und versuche mein Äußeres jeweils dem vorgefundenen Mainstream anzupassen. Der Mehrzahl der Leute, mit denen du zu tun hast, wird es sowieso egal sein, was du für Klamotten anhast oder ob deine Frisur dem neusten Scenehit entspricht. Du änderst also dein Äußeres (oder auch nicht), ein Vorgang, der dir zu Anfang vielleicht schmerzt. Aber in dem Maße, in dem du merkst, daß dir

das neue Aussehen nicht das Lachen in deinen Augen rauben kann, wird dir das Äußere egal werden. Die, die sich wirklich für dich interessieren, werden sich aufgrund deines Verhaltens entscheiden, ob sie dich mögen oder nicht und wenn du dich in deinen Beziehungen früher korrekt verhalten hast (oder es zumindest versucht hast), dann wirst du es auch in einer Situation tun, die durch Illegalität und den damit verbundenen Lügengeschichten geprägt ist. Das merken die Leute und wenn man dich früher aufgrund bestimmter Eigenschaften gemocht hat, dann wird das auch in Zukunft so sein.

Ich denke, daß innerhalb der deutschen Szenen sowieso und immer noch viel zu viel Wert darauf gelegt wird, daß eine bestimmte Kleidernorm eingehalten wird. Sie drückt nichts anderes aus, als nach außen sichtbar einer bestimmten Gruppe von Leuten zugehörig und innerhalb dieser Gruppe integer zu sein. Das für sich alleine genommen stellt keine Persönlichkeitswerte dar. Verbirgt sich in der "schönen" Hülle ein Egoarsch, so wird er auf die Dauer gesehen wenig FreundInnen finden.

C'EST LA VIE, ZWEITE HÄLFTE

Weitaus schwieriger fällt es mir, die persönlichen und politischen Verluste zu begreifen und zu verarbeiten. So stellte sich bei mir eine spürbare Trauer erst nach Monaten ein, zu einem Zeitpunkt, als ich bereits dachte, die Verluste meiner langjährigen Freundschaften überwunden zu haben. Während der ersten Monate war ich dermaßen überwältigt von den Erfordernissen der neuen Situationen, daß ich kaum dazu kam, Trauer zu entwickeln. Als die Dinge sich soweit entwickelt hatten, daß ich auch für längere Zeit an einem Ort bleiben konnte, begann-





nen sich auch neue Beziehungen zu entwickeln.

Bis dahin hatte sich meine Wahrnehmung der Verluste hauptsächlich darauf beschränkt, daß fast alles weg ist, was den früheren Alltag prägte. Die Freundschaften, Versuche kollektiver Lebensformen, der politischen Alltäglichkeiten, Geld beschaffen, das so oft gehaßte langweilige Normale ist einfach zerplatzt wie eine Seifenblase, die ich bis dahin für stabil gehalten hatte. Was bleibt sind einige Freundschaften, die sich allerdings auch den neuen Bedingungen anpassen müssen und sich zwangsläufig verändern.

In diesem Gefühl eines "universellen" Verlustes hatte für mich die Trauer um Einzelne wenig Raum. Und vielleicht, weil ein universeller Verlust eine für mich kaum greifbare Größe war, habe ich selbst ihn nicht richtig wahrgenommen. Aber vielleicht war das alles ja auch nur eine prima Verdrängungsleistung

von mir. Muß ich mal mit meinem Psychiater reden.

Ich war halt plötzlich auf einer Reise ohne Rückkehr und um das durchzuhalten, mußte ich zunächst mal in einer bestimmten Weise funktionieren. Ich habe zwar nie gedacht, daß ich am nächsten Tag wie nach einem Alptraum wieder aufwachen würde, und dann wäre alles wieder so, wie es einmal war. Aber daß es tatsächlich und wahrscheinlich (falls die Anklage nicht in sich zusammenbrechen sollte, denn mehr als ein paar Indizien haben die Bösen ja nicht) auf lange Jahre dabei bleiben wird, daß ich nicht in meine alten Lebenszusammenhänge zurückkehren kann, hatte für mich eine Größe, bei der ich mich ziemlich schwertat, sie in ihrer ganzen Tragweite zu begreifen.

Aber zurück zu den neuen Beziehungen. Je länger ich also mit immer den selben Leuten zusammen war, desto mehr wurde mir klar, was ich mit den alten FreundInnen eigentlich verloren habe. Hier gib es niemanden, mit der oder dem ich eine jahrelange Geschichte habe, zwischen denen und mir ein Blick genügen würde, wo oft Worte überflüssig sind. Dann frage ich mich in den Momenten der Trauer und Einsamkeit, wo sie denn geblieben sind, meine Liebsten, wie es denn zu schaffen ist, daß Alte sich ändern zu lassen, es aber trotzdem in das Neue hinüberzuretten und gleichzeitig die Geduld zu haben, im Neuen die neuen Beziehungen zu finden und zu Freundschaften wachsen zu lassen, in der Hoffnung, daß noch einmal so etwas Intensives entsteht, wie das, was es in der Vergangenheit gab.

Und je mehr ich zur Ruhe kam, desto mehr wurde mir bewußt, daß ich ein akzeptables politisches Arbeitsfeld finden muß, um mein Leben von neuem mit einer sinnvollen Aufgabe zu füllen. Es stellten sich also immer dringlicher folgende Fragen:

- Will ich tatsächlich längerfristig da leben, wo ich bin?
- Was will ich da machen?
- Was kann in dieser Situation noch eine politische Perspektive sein?
- Wie überbrücke ich am besten die Zeit, bis ich zu Entscheidungen gekommen bin?
- Wie muß ich mein bisheriges Verhalten ändern, um den Bullen auch längerfristig durch die gierigen Finger zu schlüpfen?

gerfristig durch die gierigen Finger zu schlüpfen?

Um die Zeit zu überbrücken habe ich damals relativ schnell angefangen, zukunftsorientiert zu lernen. Ich denk, diese ersten Monate, (in Bezug auf eine Lebensentscheidung kann das durchaus auch länger dauern, wie ich nach fast zwei Jahren leider immer noch feststellen muß) die man benötigt, um sich in Ruhe für eine längerfristige Lebensperspektive entscheiden zu können, sollte man nutzen, um es sich gutgehen zu lassen und Dinge nachzuholen, die man immer schon machen wollte, sofern sie unter den veränderten Bedingungen noch möglich sind. Du mußt es irgendwie schaffen, zur Ruhe zu kommen, um wohlüberlegte Entscheidungen für deine weitere Zukunft treffen zu können.

Ein spürbarer Unterschied zu früher ist, daß du plötzlich über eine ungeheure Menge Zeit verfügst, die erstmal gefüllt werden will. Du hast keine Da-



tes mehr, der Gang aufs Sozi erübrigt sich, die alten Lohnarbeiten sind nicht mehr und du fragst dich, was du mit all der Zeit anfangen sollst, während der du früher deinen FreundInnen die Ohren vollgejammert hast.

Wie wäre es zum Beispiel damit, die Marxschen Analysen auswendig lernen oder all die Romane lesen, die du immer schon mal lesen wolltest?

Du kannst versuchen, all den Schlaf nachzuholen, den du in den letzten Jahren versäumt hast und zwischen den Schlafperioden deinen Stil im Dartspiel zu verfeinern. Du kannst die Sprache lernen, die du immer schonmal lernen wolltest oder du kannst für den nächsten Marathon trainieren. Du wirst sicherlich et-

was nachzuholen haben, was dir Freude bringt und dir zudem noch nützlich erscheint. Ich

denke, daß es überlebenswichtig ist, sich mit Dingen zu beschäftigen, die dir wichtig sind und nicht einfach so in den Tag hineinzuleben, da man durch die Leere, die dabei entstehen kann, Gefahr läuft, das eigene Selbstwertgefühl zu zerstören; meiner Meinung nach eine der schlimmsten Sachen, die einem Menschen in so einer Situation passieren kann.

Wie wahrscheinlich alle, die sich in einer vergleichbaren Situation befinden, habe auch ich sehr viel darüber nachgedacht, was für mich eine lebenswerte Zukunftsperspektive sein kann.

Sich diesem Problem zu nähern, gibt es meiner Meinung nach mindestens drei Möglichkeiten:

1) Mir ist die Lebensform am wichtigsten und ich will auf ein bestimmtes Lebensgefühl nicht verzichten. Ich werde mich also für einen Ort entscheiden, der dem so weitgehend wie möglich gerecht wird, und mich dort entscheiden, was für eine Art politischer Arbeit dort für mich möglich ist.

2) Ich habe bisher ein bestimmtes po-

litisches Konzept verfolgt und werde versuchen, diesen Strang weiterzuverfolgen. Folglich werde ich die Ortswahl dem politischen Konzept unterordnen.

3) Die Politik ist mir jetzt scheißegal, denn jeder Tag kann der letzte außerhalb der Knastmauern sein und ich will jetzt nur noch leben.

Wenn ich den politischen Kampf da führen will, wo sich meine kulturellen Wur-

zeln befinden, dann wird

sich das organisieren lassen, wenn sich der Delinquent damit abfinden kann, die Art und Ebene seiner politischen

Aktivität seinen veränderten Lebensbedingungen anzupassen und persönlich in der Lage ist, verantwortlich mit dieser Extremsituation umzugehen.

Und wenn ich immer schon in einem chinesischen Kung-Fu-Kloster alt werden wollte, dann

wird sich auch der Weg dahin finden lassen.

Glücklicherweise gibt es innerhalb der Linken fast zu jedem Ort Kontakte und je nachdem, wie exotisch sich die Zukunft ausgemalt wird, ist es vor allem eine Frage der Zeit, bis alles Notwendige organisiert wurde, bzw. ob es Leute gibt, die bereit sind, für derart exotische Wünsche ihre Zeit zu opfern.

Es macht meiner Meinung nach wenig Sinn, diese schematische Darstellung mit all den konkreten Beispielen zu füllen, die jede Lebensentscheidung mit sich bringen könnte. Jeder Mann und jede Frau wird sich in einer solchen Situation entsprechend seiner/ihrer Bedingungen entscheiden müssen und viele vergleichbare Situationen anders erleben, als ich. Die möglichen Zukunftsperspektiven werden entscheidend durch Geschlecht und Hautfarbe geprägt sein, desweiteren, ob es ein Umfeld gibt, daß diese Situation mitträgt oder man, wie wahrscheinlich die

allermeisten der illegalen ImmigrantInnen, in einer feindlichen Umgebung auf sich alleine gestellt ist und sich das Leben suchen muß.

Ich als weißer Metropolenmann hatte als Teil der Westberliner Aldinkenszene zudem das Glück, auf weitverzweigte Strukturen und Erfahrungen zurückgreifen zu können. Die Allermeisten hätten in einer ähnlichen Situation sicherlich weitaus mehr Probleme erlebt als ich.

Meine Erfahrung ist, daß sich scheinbar vieles organisieren läßt, wenn sich welche finden, die es organisieren können (und wollen).

Dies soll das abrupte Ende

meines

Briefes sein.

Ich konnte Euch leider nur darüber schreiben, wie ich die Zeit nach dem 11.4.95 empfunden habe. Aus sicherlich

verständlichen Gründen bin ich nicht bereit, mehr über meine Zukunftspläne im Konkreten zu berichten.

Nicht geprägt ist mein Empfinden durch die viele Arbeit, die andere in die Organisation meiner Zukunft stecken muß-

ten, weil ich von dieser Arbeit kaum mehr als die Ergebnisse mitbekommen habe. Zu diesem Prozeß konnte ich kaum mehr beitragen, als meine Geduld, die es mir erlaubt, diese schwierige Situation ohne größere Schäden (hoffentlich stimmt das, auch darüber muß ich mal mit meinem Psychiater

Flüchtige
Bekannte.

Dokumentation

reden) zu überstehen.

Ich möchte an dieser Stelle all denen danken, die mir und uns geholfen haben, die Flucht hinein in ein Leben außerhalb der Knastgitter zu organisieren.

Natürlich gelten meine Grüße auch all den lieben Menschen, die sich in einer ähnlichen Situation befinden wie ich und in diesem Zusammenhang ganz



besonders den anderen Beiden, die aufgrund desselben Vorwurfes wie ich gesucht werden.

Viel Glück wünsche ich den Angeklagten im radikal-Verfahren

NO PASARAN

EinGedichtEinGedicht

Während des Schreibens des vorangegangenen Textes habe ich wiederein-

Erfahrungen als Gedicht niederzuschreiben. Als Vortragsform hatte ich eher MusikerInnen als eine Person vor Augen, die das Gedicht vorliest.

So ist es ein Liedtext geworden. Ich bin so eitel, keine Einwände zu erheben, falls es welche geben sollte, die dieses kleine Liedchen vertonen wollen. 🎵

SoKoSoKo Osterei

Einst wars Berlin, heut ein anderer Ort
 Im April '95, da mußte ich fort
 Im Frühtau zu Grünau, oh welcher Frust
 Lag meine Puppe, oh welcher Verlust
 Lag meine Puppe umgeben von Bomben
 Im falschen Moment sind die Bullen gekomben
 Frustration wollt die Stimmung bestimmen
 Drum laß ich meine Liedchen mit Trauer beginnen:

Mal denk ich, mir ist es egal
 Ich mach Schluß, mir ist das Leben ne Qual
 Dann geh ich raus, über die Stränge zu schlagen
 zumindest so heftig, daß die Sinne versagen
 Dann schreit die Vernunft: Verhalte dich still
 Und ich füg mich, weil ich nicht hinter Gitter will

Und wenn es manchmal auch traurig ist,
 Alles ist besser als U-HaftHaft.
 Auch wenn du vor Trauer die Freude vergißt
 Denk dran, vielleicht folgt auf U-Haft KnastKnast

Zumeist ist das Leben normal und noch schlimmer,
 Die Sorgen des Alltags banal wie immer
 Reicht die Kohle ist das Klo schon geputzt?
 Dem Schuh fehlt ne Sohle wer hat die Küche ver-
 schmutzt?
 Wie kann ich mein Leben mit Politik verbinden?
 Heut Scheißegal - wird sich schon finden

Und wenn es manchmal auch langweilig ist
 Alles ist spannender als U-HaftHaft
 Auch wenn du vor Ödnis die Freude vergißt
 Denk dran, vielleicht folgt auf U-Haft KnastKnast

Woran ich mich erfreu? Ist ne Freundschaft die hält
 Ein selbstgekochtes Essen für wenig Geld
 Oder in der Bekanntschaft ein neues Gesicht
 Eines, das auf den zweiten Blick viel gutes verspricht
 Mit dem ich beim Dritten über alles reden will
 Doch weil ich vorsichtig bin, lächle ich still

Weil es falsch wär, zu schnell zu vertraun
 Und warten ist besser als U-HaftHaft
 Mal ist's zu spät und dann nix mit abhauen
 Und vielleicht folgt auf U-Haft KnastKnast

Wie kann ich in Zukunft mein Leben ausfüllen
 Ich seh in der Ferne den Sinn sich verhüllen
 Will an der Linken hier partizipieren
 Vielleicht mit Parolen Wände vollschmieren
 Oder nem Nazi auf die Kopfhaut haun
 Scheiße, das könnt mir die Zukunft versauen

Ich muß meine Wut heut kontrollieren
 Denn alles ist besser als U-HaftHaft
 Politisches Neuland gut organisieren
 Denn auf U-Haft folgt vielleicht KnastKnast

Auch wenn ich hier draußen mal einsam bin
 Die Freude vergesse, nicht mehr weiß wohin
 Auch wenn ich mich quäle vor Langeweile
 Und voll Anstrengung dem Vergnügen naheile
 Und grad weil's mir gut geht während der meisten Se-
 kunden
 Hab ich mich entschlossen, bleib lieber verschwunden
 Es gibt keinen Grund, der Justiz zu vertrauen
 Sie würden alles dran setzen, mein Leben versauen
 Lieber sing ich ein Spottlied aufs Osterei

Vielleicht strengt ihr euch an, doch rollt dran vorbei
 SoKoSoKo Osterei
 Ihr kriegt uns nicht, es bleibt dabei
 SokoSoko Osterei
 Ihr kriegt uns nicht, es bleibt dabei